

LIT-TIPPS 02.12.2016

Liebe LeserInnen der Lit-Tipps!

Struktur der Lit-Tipps

Ich gebe vorab die in der jeweiligen Ausgabe der Lit-Tipps enthaltenen Rubriken an, gefolgt von Autorennamen (alphabetische Reihenfolge) und Jahreszahl der Publikation. In der zweiten Hälfte der Lit-Tipps finden Sie dann die vollständigen bibliographischen Angaben zu jedem Titel und einen Kurzkomentar von mir, in der alphabetischen Reihenfolge der Autorennamen. Das Ganze entspricht der sog. amerikanischen Zitierweise, spart Platz und macht die Titel doch leicht auffindbar.

Archiv der Lit-Tipps:

Vorangegangene Lit-Tipps finden Sie

- bis April 2005 in einer Gesamtliste unter
- nach Juli 2005 im Archiv der Lit-Tipps
dies finden Sie auf der Homepage des Lehrgebiets auf meiner Mitarbeiter-Seite unter:
<http://www.fernuni-hagen.de/polis/lg2/team/martin.list.shtml>

Verzahnung der Lit-Tipps mit IPSE und dem neuen Fernstudien-Kurs „Weltregionen im globalen Zeitalter“:

Die **Lit-Tipps** sind als „**List-Tipps**“ sowohl mit meinem Lehrbuch „**Internationale Politik studieren. Eine Einführung**“ (IPSE abgekürzt; Wiesbaden: vs-Verlag 2006) ‚verzahnt‘ als auch mit meinem ab WS 2014/15 eingesetzten, zum SS 2016 überarbeiteten Kurs „**Weltregionen im globalen Zeitalter**“ (WRigZ; Buchhandels-Publikation der überarbeiteten Fassung Wiesbaden: Springer VS 2016), insofern bei einschlägigen Titeln der Hinweis auf diejenigen Kapitel dieses Buches angegeben wird, zu denen sie inhaltlich besonders gut als Ergänzung passen. Der Hinweis hat die Form: **IPSE bzw. WRigZ plus Kapitelnummer**.

Und damit zu den **Lit-Tipps von heute**. Sie erfolgen zu den Rubriken:

- **Fachbücher**
geordnet nach Themen und mit Verweis auf autoren-alphabetisch geordnete Kurz-Rezensionen bzw.
- erstmals, für den Bereich **SICHERHEITSPOLITIK**, gebündelt zu einem **Kurzrezensionen-Essay**.

POLITIK in Deutschland

Islam in Deutschland: Rohe 2016

POLITISCHE SYSTEME IM VERGLEICH

Afrikas Staaten – zum Nachschlagen: Gieler 2016
Demokratisierung – paradoxe Wirkung: Grodsky 2016
EU-Krise: Offe 2016
Euro-Dschihad: Rabasa/Benard 2015
Massen-Diktaturen – Handbuch: Corner/Lim 2016
Schweiz: Vatter 2016

INTERNATIONALE POLITIK

China-Japan-Beziehungen – historischer Überblick: Dreyer 2016
Diplomatie – Handbuch: Constantinou/Kerr/Shap 2016
Grundbegriffe der Internationalen Beziehungen: Berenskoetter 2016
Internationales Umweltrecht – südliche Perspektiven: Alam u.a. 2016
Religion und internationale Politik: Hunter 2017

Essay SICHERHEITSPOLITIK:

Diffusion militärischer Innovationen: Horowitz 2010

Luftkriegführung – Geschichte: Black 2016

Nahrungs-Sicherheit: McKeon 2015

Nuklearwaffen – Politik: Futter 2015

- IAEA: Brown 2015

- Iran – völkerrechtliche Aspekte seines Nuklearprogramms: Joyner 2016

- Nichtweiterverbreitung: Burns/Coyle 2015

Realismus – defensiver: Tang 2010

Rüstungskontrolle – historische Entwicklung: Burns 2013

Sicherheit – kritische Einführung: Jarvis/Holland 2015

Strategie – Überblick: Sloan 2017

Terrorismus – funktioniert er? English 2016

- Organisationsprobleme: Shapiro 2013

- Völkerrechtlicher Rahmen seiner Bekämpfung: Duffy 2015

Verteidigungs-Kooperation im Rahmen der EU – Recht und IB-Theorie:

Dyson/Konstadinides 2013

Völkerrecht – Konflikte und Sicherheit: White 2014

Zukunft des Krieges: Coker 2015

Syrien – Chemiewaffen-Tabu: Bentley 2016

- internationales Ringen: Phillips 2016

Theorien – mit institutionalistischem Schwerpunkt: Deitelhoff/Zürn 2016

Kurzrezensionen-Essay SICHERHEITSPOLITIK

Einem bekannten Zitat von Georges Clemenceau folgend ist Krieg ein zu wichtiges Geschäft, als dass man ihn den Generälen überlassen dürfte. Und das gilt sicher auch für Fragen der äußeren Sicherheitspolitik allgemein. Sie verdienen öffentliche Diskussion, und also sind sie auch immer noch ein wichtiger Gegenstand der politikwissenschaftlich-fachlichen Analyse internationaler Politik. Ich möchte dies anhand einiger neuerer Fachbücher zu diesem Themenbereich demonstrieren.

Über (internationale) Sicherheit lässt sich heute nicht mehr einfach so sprechen. Der Begriff ist in der öffentlichen und fachlichen Diskussion seit Ende des Ost-West-Konflikts vielfach erweitert worden, und fachlich sind die theoretischen und methodischen Zugänge zum Thema pluraler geworden. Noch in die Endphase des Ost-West-Konflikts fiel die Betonung gemeinsamer Sicherheit, die also nicht jeder für sich allein, als nationale Sicherheit, erfolgreich anstreben könne, sondern die eben nur gemeinsam erlangt werden könne – auch eine Reaktion auf das, was fachlich als Sicherheitsdilemma bezeichnet worden ist: dass auch defensiv gemeintes Streben nach einseitiger Sicherheit wegen der Missdeutbarkeit des eigenen Agierens durch andere diesen doch bedrohlich erscheinen mag und so ein Kreislauf des Misstrauens und der Unsicherheit bei steigenden Rüstungsniveaus resultiert. Nach Ende des Ost-West-Konflikts wurde sodann der Versuch unternommen, einer ganzen Reihe neuerer Problemkomplexe dadurch mehr Aufmerksamkeit zu Teil werden zu lassen, dass man sie unter einen erweiterten Sicherheitsbegriff fasste: Umwelt-Sicherheit, Nahrungs-Sicherheit- (s. McKeon unten) u. dgl. mehr. Mir schien dies analytisch nicht immer sinnvoll, da dadurch doch sehr unterschiedlich verursachte Problematiken analytisch wenig fruchtbar unter einen Begriffs-Hut gesteckt wurden. Schließlich war es fachlich vor allem der Konstruktivismus, der zu Recht auf die Bedeutung von Wahrnehmungen im Bereich der

Sicherheitspolitik hingewiesen hat: nur wahrgenommene Bedrohungen vermitteln ein Gefühl der Unsicherheit. Dass solche Wahrnehmungen konstruiert werden, wurde mit dem Begriff der Versicherheitlichung (securitization) belegt. Was entweder recht banal ist, insofern Wahrnehmungen in der Tat solche sozialer Akteure sind. Oder aber danach schreit, durch eine Interessens-Analyse komplettiert zu werden: Wer propagiert in wessen Interesse welche (Bedrohungs-)Wahrnehmungen? Was schon viel länger etwa Thema kritisch-marxistischer Ansätze war, die ökonomische Interessen (etwa des militärisch-industriellen Komplexes) oder politische Interessen (der Ablenkung von inneren Problemen bzw. der Stiftung internen ‚Burgfriedens‘ oder des Auslösens von ‚rally-around-the-flag‘-Effekten) im Spiel sahen. Es bedarf also die fachliche Analyse von Sicherheitspolitik der begrifflichen und theoretischen Grundlegung um zu erörtern, was dabei sinnvoller Weise analysiert werden soll und wie dabei sinnvoller Weise vorzugehen ist.

Dies liefert die fortgeschrittene Einführung von **Jarvis und Holland**. Sie stellen ihre Erörterung in acht Kapiteln unter ebenso viele (Leit-)Fragen, von „What is Security?“ über „How can we Study Security?“ und „Security for Whom or for What?“ bis hin zu „Is Security Desirable?“. In diesem Sinne, dass sie ganz grundlegende Fragen der Analyse internationaler Sicherheit behandelt, ist das Eigenschaftswort „kritisch“ im Untertitel zu verstehen und nicht im Sinne von Critical Security Studies, womit eher eine vor allem diskursanalytisch vorgehende neuere Herangehensweise an sicherheitspolitische Themen gemeint ist. Solche fachlichen Ansätze (wie etwa die Kopenhagener Schule oder der Realismus in seinen Spielarten) werden jedoch unterwegs ebenfalls vorgestellt, die Autoren wollen sie jedoch gleichberechtigt darstellen, nicht für einen von ihnen plädieren. Durch diese an Fragen orientierte Präsentation wollen sie einen „schoolism“ (4), eine voreilige Fixierung auf eine Theorie und überhaupt die theoretische Vor-Strukturierung des Feldes, vermeiden. Die Kapitel sind gut strukturiert, mit vorangestelltem Überblick, Hervorhebung von Key Points in Kästchen, empirischen Beispielen ebenfalls in Kästchen und Fettdruck zentraler Begriffe sowie Hinweisen auf weiterführende Literatur und Internet-Ressourcen am Kapitel-Ende. Wer eine auch auf theoretische und methodisch Grundlagenfragen eingehende Einführung in die Analyse internationaler Sicherheitspolitik sucht, ist mit dem Band also gut bedient.

Zu den zentralen Konzepten der auch mit militärischen Mitteln vorgehenden Sicherheitspolitik gehört das Nachdenken über Wahl und Einsatz dieser Mittel, also die Militär-Strategie. In sie führt, auf aktuellem Stand, der Übersichts-Band von **Elinor C. Sloan** ein. Dass sie als Frau und Kanadierin schreibt, mag sie – im Vergleich zu männlichen US-Kollegen, die zu solchen Themen vielfach schreiben – als Botin der Kunde über Bedeutung und Inhalt heutiger Militärstrategie vergleichsweise unverdächtig erscheinen lassen. Jedenfalls informiert die knappe, aber gehaltvolle Darstellung auf hohem Niveau, sie wollte damit ältere Einführungen auf heutigem Problemstand ergänzen und geht dazu in drei Schritten (Teilen) vor: Unter der Überschrift „traditional dimensions of strategy“ erörtert sie die strategischen Fragen der vier Teilstreitkräfte (Marine, Heer, Luftwaffe sowie Nuklearwaffen und Abschreckung). Dazu werden ausgewählte Strategie-Klassiker (von Sun Tzu und Clausewitz bis Thayer Mahon) kurz vorgestellt und aktuelle Probleme (wie deterrence now) angesprochen. Teil II behandelt die neueren Fragen der irregulären Kriegführung (gegen Aufständische, Terroristen und in sog. hybriden Kriegen) sowie von Peacekeeping und Stabilisierungs-Einsätzen bzw. im Rahmen Humanitärer Interventionen. Aktuelle Beispiele werden im Text und z.T. in Kästchen angesprochen, ebenso neue Konzepte wie R2P (Schutzverantwortung). Teil III schließlich geht unter der Überschrift „Technology and strategy“ auf technisch-militärischen Wandel (u.a. die viel diskutierte „Revolution in Military Affairs“) ein sowie auf Fragen des Cyber-Kriegs und die militärische Nutzung des Weltraums („Spacepower“). Gerade wegen der Kürze (aber Güte) der Darstellung eignet sie sich insbesondere auch für Studierende der Internationalen Politik, die Hinführung zu und Anschluss an die aktuelle militärstrategische Diskussion suchen.

Der seit dem ersten motorisierten Flug der Gebrüder Wright erst gut hundert Jahre langen Geschichte einer der von Sloan angesprochenen Waffengattungen, der Luftwaffe, geht der britische Militärhistoriker **Jeremy Black** in seinem Band nach. Er hat (neben zahlreichen anderen Werken) auch bereits eine Geschichte über neuzeitliche Seemacht vorgelegt (Naval

Power, 2009; für kommendes Jahr ist der Band „Naval Warfare. A Global History since 1860“ angekündigt – ein fleißiger Autor). Man muss weder Waffennarr noch Militarist sein, um dies interessant zu finden. Vielmehr arbeitet er gleich zu Beginn heraus, warum gerade die Luftwaffe unser Interesse verdient: „For the West, air power has become largely the politician’s weapon of choice“ (3), und: „the very discussion of air power was, and is, significant for the understanding of views, both American and non-American, of the American century.“ (6) Denn: “Air power is part and parcel of American identity.” (8) Dabei war sie nie unumstritten, wie eine von Black zitierte britische Karikatur einen Jetpiloten sagen lässt: “If we don’t hit schools and hospitals in Iraq, we certainly will back home.” (7) Wie verheerend der Einsatz der Luftwaffe sein kann, zeigte nicht nur das Städtebombardement im Zweiten Weltkrieg; es wird auch gegenwärtig wieder in Syrien deutlich. All’ dies kommt in Blacks Darstellung, die weitgehend chronologisch aufgebaut ist, zur Sprache. Sie ist also nicht technik-fixiert, sondern umfasst durchaus auch die politischen Aspekte des Themas. Und sie ist nicht auf die Luftstreitkräfte der Großmächte beschränkt, sondern nimmt wie der Untertitel sagt eine wirklich globale, global-geschichtliche, Perspektive ein. Sowohl für an globaler Geschichte wie natürlich auch an Militärgeschichte Interessierte ein empfehlenswerter Überblick, der auch für an Fragen internationaler Sicherheitspolitik interessierte PolitikwissenschaftlerInnen als Hintergrundinformation nützlich ist.

In deren Theorienhaushalt zur Analyse internationaler Politik gilt der Realismus als die klassische sicherheitspolitische Theorie, der, wie oft gesagt wird, hier sein ‚Heimspiel‘ habe, auch wenn durch neuere Ansätze wie den der securitization sein Monopol gebrochen wurde. Gleichwohl hat er noch immer den unmittelbarsten Anschluss an Sicherheitspolitik, wie sie von strategisch (inter)agierenden Akteuren betrieben wird. Sie sehen sich herausgefordert, auf Bedrohungen inhaltlich zu reagieren – selbst wenn sie nicht leugnen, dass es um wahrgenommene Bedrohungen geht (und auch nicht, dass zuweilen Bedrohungen absichtlich konstruiert werden, auch wenn Realisten, als Analytiker wie als politische Praktiker, dies eher beim Gegner vermuten als für die eigene Seite einräumen). Pointiert formuliert: auch Paranoiker haben zuweilen echte Feinde – und müssen sich dann überlegen, wie sie sich vor diesen schützen können. Dem Realismus als akademischer Theorie geht es zunächst darum zu verstehen, wie Akteure im Rahmen internationaler Sicherheitspolitik agieren, was ihre Motive sind. Im Lichte dieser Überlegungen entwickeln RealistInnen sodann auch Politik beratende Ideen. Was die (theoretisch angenommenen) Motive anbelangt, so lassen sich im Realismus ein offensiver, der Staaten als Macht-Maximierer versteht, und ein defensiver Realismus, der sie nach – genügend – Sicherheit streben sieht, unterscheiden. Erster wurde paradigmatisch von John J. Mearsheimer entwickelt (in seinem Buch „The Tragedy of Great Power Politics“, 2001). Für Letzteren lag eine solche Ausarbeitung bisher nicht vor, und sie unternimmt interessanter Weise ein chinesischer Kollege, **Shiping Tang**, von der Fudan Universität in Schanghai. Er bringt die Unterschiede in Sachen angenommene Staaten-Motive auch auf die einfache Formel „böartige“ und „wohlmeinende Staaten (malign state/benign state, als Kurzformel für offensive bzw. defensive realist state). Dass die tatsächlichen Motive der Staaten womöglich noch schwerer auszumachen sind als ihre (militärischen) Fähigkeiten (capabilities), macht das Grundproblem der internationalen Sicherheitspolitik aus. Ein Sicherheits*dilemma* im spezifischen Sinne, das verdeutlicht Tang jedoch im Wege einer scharfsinnigen Rekonstruktion des Konzepts, liegt aber nur dann vor, wenn nicht mindestens eine Seite böartig ist (denn dann liegt tatsächlich eine Bedrohung vor, und es fragt sich nur, wie ihr begegnet werden kann; ein Dilemma besteht hier gar nicht). Das Problem ist, dass sich die Motive nicht leicht erkennen lassen. Doch sollte man, da es so etwas wie eine Ökonomie des Machtstrebens (und der Macht) gibt, auch nicht von vorne herein von (unbegrenztem) Machtstreben der Staaten ausgehen, auch, weil dies, wie Kritiker des Realismus oft hervorgehoben haben, den Charakter einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung erlangen kann. Vielmehr hält Tang die Annahme defensiv realistischer Staaten für, nun ja, realistischer, und ausgehend davon eröffnet sich ein Spielraum für Vertrauens-induzierende Maßnahmen gegenüber anderen Akteuren, über deren Motive und Fähigkeiten (noch) Unsicherheit herrscht. Dies entfaltet Tang in den Politik beratenden Passagen seines Buches im Hinblick auf das Verhältnis des Westens, insbesondere der USA, zu China. Der primäre

Beitrag des Bandes jedoch ist der der scharfsinnigen theoretischen Klärung dessen, was defensiven (im Unterschied zu offensivem) Realismus ausmacht. Die gestiftete Übersicht hierzu, durch eine feinkörnig-gründliche Lektüre einschlägiger US-Publikationen gewonnen (eine Übung, zu der mir die Geduld gefehlt hätte, deren Ertrag man jedoch mit Gewinn liest), wird in einer nützlichen Tabelle (1.1) über die Spielarten des Realismus resümiert. Eine sicherheitspolitische Praxis, die weder naiv noch durch ihre Grundannahmen zu konfliktverschärfenden Kreis-Läufen gezwungen ist, erhält durch Tangs Überlegungen eine solide theoretische Grundlage im Sinne des defensiven Realismus. Doch denke ich, dass etwa die Nato rückblickend für ihre Entspannungspolitik in Anspruch nehmen würde, dass sie genau solchen Maximen gefolgt ist. Und dennoch hat sie, wie wir inzwischen wissen, nur haarscharf den Nuklearkonflikt vermieden. Und umgekehrt erweckt das Verhalten der USA gegenüber Russland nach 1990 doch den Eindruck, dass die Schwäche Russlands auszunutzen versucht wurde – eine Politik, deren Früchte wir heute in Putins Projekt der Wiedererstarkung ernten. Zumindest einige Staaten scheinen sich also zumindest zu einigen Zeiten doch offensiv zu verhalten (was ja nicht immer gleich bedeuten muss, einen Angriffskrieg zu führen). Auch eine gute Theorie wie Tangs defensiver Realismus enthebt also nicht des Zwangs, unter Ungewissheit weit reichende Entscheidungen treffen zu müssen.

Neben den begrifflich-theoretischen und den militärisch-strategischen Überlegungen wird Sicherheitspolitik auch von solchen über geltendes (Völker-)Recht mitbestimmt – und sei es als taktisch zu berücksichtigender Faktor. Für politikwissenschaftliche Analytiker der internationalen Politik im Allgemeinen und der Sicherheitspolitik im Besonderen gehören Grundkenntnisse des Völkerrechts, hier im Bereich Konflikte und Sicherheit, daher zum Hand- (bzw. Kopf-)Werkzeug. Solche vermittelt knapp und klar der kleine Band des Völkerrechtlers **Nigel D. White** von der Universität von Nottingham. Er beginnt zunächst mit einer eher politikwissenschaftliche Überlegungen, von Galtung bis Morgenthau, aufgreifenden kurzen Erörterung der Begriffe „Frieden“ und „Sicherheit“. Schon hier fällt auf, dass zur mittlerweile (in Art. 8 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs erfolgten) völkerrechtlichen Definition des Begriffs „Aggression“ und zu ihrer Bedeutung (und deren Grenzen) nichts gesagt wird (wie auch im Rest des Bandes). So sehr der Anschluss an politikwissenschaftliche Überlegungen freut, so gerne hätte man doch, gerade für Nicht-Juristen, auch etwas, etwa am erwähnten Aggressions-Beispiel, zur Wirkung juristischer Definitionen gelesen. Ganz am Ende des Bandes gehen die Bemerkungen des Autors zur Frage, ob das Sicherheits- und Konflikt-Recht seine Ziele erreicht hat, etwas in diese Richtung. Davor stehen in sechs inhaltlichen Kapiteln knappe, aber informative Überblicke zum Rüstungskontroll-Recht, zum Gewaltgebrauch (dessen Verbot auf der Verhaltensebene zwar als „paper rule“ erscheine, was jedoch seine erreichte De-Legitimierung unterbewerte), zur Regelung privater Gewalt insbesondere durch private Sicherheitsdienstleistungs-Anbieter, zur kollektiven Sicherheit, zum Recht bewaffneter Konflikte und über sog. post-conflict law. Jedes für sich ist ein riesen Thema, zu einigen gibt es ganze Bibliotheken an vertiefender Literatur. Doch bevor Beginnende davor kapitulieren, ist eine Ein- und Hinführung wie die von White als erster Schritt hin zur Thematik zu empfehlen.

Wie oben schon anlässlich von Sloans Teil III über „Technology and strategy“ erwähnt, spielt für die Verhältnisse der internationalen Sicherheit auch die Entwicklung und Verbreitung einschlägiger (Militär-)Technik eine Rolle. Genau damit befasst sich die Monographie von **Michael Horowitz**. Wobei er nicht nur im engeren Sinne über (naturwissenschaftlich basierte) Technik spricht, sondern auch etwa über die ‚Technik‘ bzw. Taktik des Selbstmordanschlags. Auch sie vermag durchaus militärische Macht zu verleihen, und um die Erklärung der Muster deren Ausbreitung geht es ihm. Dazu entwickelt er, was er eine adoption capacity-Theorie der Diffusion militärischer Innovationen, nennt, gemäß derer die Verbreitung von der Aufnahmefähigkeit für diese Innovationen abhängt, und diese wiederum wird laut Horowitz im Wesentlichen vom dafür erforderlichen finanziellen Aufwand (und wieweit er getragen werden kann) bestimmt und davon, wieviel „organizational capital“ diese Aufnahme bedarf. Beides kann hoch oder niedrig sein, woraus sich eine simple Vier-Felder-Tafel für die zu erwartende Verbreitung(srate) ergibt: sie ist hoch, wenn die finanziellen Kosten und der Bedarf an Organisations-Kapital gering sind (und umgekehrt),

mittelgroß, wenn nur einer der Faktoren hoch (und der andere niedrig) ist. Das ist im Prinzip noch mit Hausmanns-Logik nachvollziehbar. Schon problematischer ist es, solch abstrakte Begriffe wie „Organisationskapital“ zu operationalisieren, also fallbezogen mess- oder zumindest nachvollziehbar plausibel einschätzbar zu machen. Der Finanzbedarf bei der Entwicklung von Flugzeugträgern oder Atombomben, zweier der vier Beispiele, die Horowitz untersucht, mag noch plausibel einschätzbar sein. Aber bei den behaupteten Einschätzungen der Organisations-Kapazität terroristischer Organisationen wird das schon schwieriger. Hier argumentiert Horowitz im Wesentlichen so, dass ältere Terrororganisationen sich schon auf Taktiken festgelegt haben und für ein Umstellen auf Selbstmord-Attentate quasi ‚umlernen‘ müssten. Bzw. eine neue Art Ausführer, zur Ausführung Bereiter, rekrutieren müssten. Das Verdienst der Arbeit ist jedenfalls, ungeachtet der Probleme en Detail, ein zweifaches: es macht aus der analytisch aufzudröselnden Metapher „Diffusion“ für die Verbreitung von Militärinnovationen eine in ihrer Mechanik explizite (und damit prüfbare) Theorie. Und es baut diese nicht auf zu schlichten, technik-deterministischen Annahmen auf wie der, dass sich durchsetze, was sich als erfolgreich erwiesen habe. Das ist nur die Eintrittsschwelle zum Diffusionsprozess: nachweislich untaugliche Techniken lösen kein Nachahm-Verhalten aus. Ob dieses jedoch erfolgt, wie rasch (und erfolgreich) es unternommen wird, werden kann, hängt jedoch u.a. von internen sozialen Faktoren der potenziellen Nachahmer ab. Diffusion militärischer Macht wird damit als komplexer sozialer Vorgang aufgeschlüsselt, eine Botschaft, die auch weitere im Folgenden vorgestellte Arbeiten bestätigen.

Arms Control, also Rüstungs-Kontrolle (im Unterschied zu Abrüstung) wurde bereits in seiner rechtlichen Dimension erwähnt (s. oben White). Ihre historische Entwicklung schildert im Überblick der Band von **Richard Dean Burns**, der vier Jahre nach der teuren gebundenen Ausgabe nunmehr auch als Taschenbuch vorliegt. Wobei er mit seinen Beispielen bis in die Antike ausholt, so dass auch ich nicht behaupten kann, dass dies alles in meine Mit-Erlebensspanne fiele. Was in diese fällt, sind die oft vehementen politischen und fachlichen Debatten um konkrete Rüstungskontrollschritte, welche die zweite Hälfte des Ost-West-Konflikts begleiteten und die z.T. durchaus im Sinne der defensiv-realistischen Strategie (s. oben Tang) als vertrauensbildende Maßnahmen gemeint oder gedacht waren, im Detail jedoch zu eigenen Misstrauens-Spiralen (etwa hinsichtlich der Verifikation vereinbarter Maßnahmen) oder gar, aus Sicht damaliger Kritiker, zu neuen Anreizen der Aufrüstung zur quasi-legalen Umgehung vereinbarter Rüstungsbegrenzung führten (wie etwa die Ausrüstung limitierter Raketen mit Mehrfachsprengköpfen). Dies alles kann, wer es nicht mehr aus eigenem Erleben präsent hat, hier rasch und klar gegliedert nachlesen, über die eigentlichen Verhandlungen zur Verifikation der vereinbarten Ergebnisse bis hin zu Fragen der (Nicht-) Einhaltung. Ein fälschlich Glossar genanntes Verzeichnis erschließt die einschlägigen Abkürzungen (wie CSBM und MIRV), ein Personen- und Sachregister den ganzen Band.

Womit wir schon beim großen Thema der Nuklearwaffenpolitik sind. Über diese, als ganze, nicht nur in ihren Ab-, sondern auch in ihren Aufrüstungsaspekten wie in technischen und strategischen Grundlagen gibt der neue Band von **Andrew Futter** einen hervorragenden Überblick. Er rekapituliert in Kapitel 1 kurz die Geschichte der A-Bombe, behandelt sodann die Tests von A-Waffen und unterschiedliche Einsatz-Wege (land-, see- und luftgestützt), die Mechanismen der Ausbreitung und Weiterentwicklung wie die deren Eingrenzung (wie etwa den Nichtverbreitungsvertrag) und kommt abschließend auf neue und verbleibende Herausforderungen (private Wissensnetzwerke, nukleare Abrüstung und Fragen der Einsatz-Kontrolle, C3I im Fachjargon) zu sprechen. Die einzelnen Kapitel sind knapp und klar formuliert, sprechen konkrete Beispiele an (von Indien und Pakistan bis Israel), resümieren am Ende in Kästchen die wichtigsten Punkte und verweisen auf weiterführende Literatur. Insgesamt aufgrund der inhaltlichen Breite als erster gehaltvoller Überblick zur gesamten A-Waffen-Thematik empfehlenswert.

Bleiben wir noch einen Moment bei den Nuklearwaffen. Dass ihre Verbreitung kein quasi-automatischer Vorgang („Diffusion“) ist, hatte schon Horowitz (s.o.) herausgearbeitet. Noch stärker präpariert das Rätsel, das hier lauert, **Jacques C. Hymans** heraus. Er hatte schon in seiner Arbeit über „The Psychology of Nuclear Proliferation“ (2006) herausgestellt, dass weit

weniger Staaten, als technisch dazu in der Lage wären, sich tatsächlich entschlossen haben, diese auch zu erwerben (und hatte seinerzeit argumentiert, dass dieser Entschluss aus der Einstellung, nämlich der „national identity conception“ der Staatsführer, die den Entschluss fassen, folge). Hier nun fügt er einen weiteren Baustein zur Erklärung hinzu, warum es weniger Nuklearwaffenstaaten gibt, als theoretisch möglich. Zur Umsetzung des Entschlusses, A-Waffenstaat werden zu wollen, bedarf es nämlich eines geeigneten Verhältnisses zwischen der nationalen politischen Führung und den ausführenden Wissenschaftlern und Technikern. Diese müssen zum Erfolg der A-Waffenprogramme in hohem Maße durch die Sache selbst (intrinsisch) motiviert sein, wozu es einer Kultur des Professionalismus bedarf. Die politische Führung muss diese respektieren, kann sie dadurch und finanziell fördern, jedoch nicht leichter Hand selbst erzeugen. Dagegen kann sie sie durch autoritäre politische Intervention leicht zerstören. Gerade, und dies ist die Bedingung auf Makro-Ebene, neopatrimonial-autoritäre Regime neigen jedoch zu solcher Einmischungspolitik, weshalb ihre Chancen des Erfolgs geringer sind. Dies wird von Hymans an einer sehr erhebungsaufwendigen Rekonstruktion der Nuklearprojekte des Irak, Chinas, Jugoslawiens und Argentiniens überprüft, was für einschlägig Interessierte in sich schon lesenswerte Fallstudien ergibt. Zusammengefasst ergeben die Arbeiten von Hymans jedoch vor allem ein Gegenmittel gegen nuklearen Alarmismus: so einfach machen sich Staaten weder auf den Weg zur A-Bombe, noch ist er so leicht zu beschreiten. Dass Letzteres wieder in die Analyse (mikro- und makro-) gesellschaftlicher Bedingungen von Rüstungsprozessen führt, bestätigt auch nochmals die schon von Horowitz herausgearbeitete Bedeutung dieser Faktoren – und damit die ihrer politikwissenschaftlichen Analyse. Hymans Arbeiten gehören damit zu den Klassikern zum Thema A-Waffen-Erwerb, die jede(r) vertieft daran Interessierte kennen sollte.

Auch wenn also die Nuklearwaffen sich nicht so rasch und einfach verbreiten, wie Alarmisten befürchten (und uns politisch motiviert glauben machen wollen), so ist die Verhinderung der Weiterverbreitung doch auch weiterhin eine wichtige Aufgabe. Wiederum **Richard D. Burns und Philip E. Coyle** liefern zu dieser Thematik einen wohlstrukturierten Überblick. Sie stellen zunächst die A-Waffenstaaten vor, gehen kurz auf die IAEA und den Nichtverbreitungsvertrag als die Hauptinstitutionen in diesem Problemfeld ein, behandeln die Anläufe zu Test-Verboten sowie die Bestrebungen zur Kontrolle waffentauglichen Materials und abschließend nuklearwaffenfreie Zonen und den Verzicht auf Nuklearwaffen. Die Darstellung ist jeweils knapp, aber informativ, wird durch Schwarz-Weiß-Abbildungen aufgelockert und von Tabellen ergänzt. Eine Auswahl-Bibliographie am Ende gibt, thematisch und nach Ländern gegliedert, Hinweise auf weiterführende Literatur. Der Band ist damit das ideale Bindeglied zwischen dem einführenden Überblick von Futter (s.o.) und spezielleren monographischen Studien.

Zu diesen darf man die Arbeit von **Robert L. Brown** zählen, die ganz der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) gewidmet ist. Sie wurde ursprünglich im Kontext des US-inspirierten „Atoms for Peace“-Programms durchaus zur Förderung der zivilen Kernkraftnutzung gegründet, ist aber, prominent im Kontext des internationalen Konflikts um das irakische Nuklearprogramm 2002/03, auch zunehmend zur internationalen Überwachungsbehörde für die Einhaltung eingegangener Verpflichtungen zum ausschließlich friedlichen Gebrauch der Atomenergie geworden. Brown verfolgt diese Entwicklung in den vier chronologisch angeordneten Kapiteln seines Hauptteils, stellt dem als fachliche Perspektive Überlegungen zur Übertragung von Zuständigkeit (authority) an internationale Organisationen voran, ein Schritt, der immer noch den Staaten nicht leicht fällt, weshalb die Frage, wann dies doch geschieht und in welcher Form, wie weitreichend also internationale Organisationen tatsächlich autonom handlungsfähig sind, durchaus von Interesse ist. Finanziell bleiben die internationalen Organisationen immer an die finanzierenden Staaten rückgebunden; z.T. auch, was, z.B. geheimdienstliche, Information anbelangt (wenn diese nicht, was, wie wir wissen, durchaus vorkommt, politisch motiviert manipuliert wird). Umgekehrt sind die wissenschaftlich-technische Expertise und eben der Ruf, sachlich unpolitisch zu gutachten, eine wichtige Ressource, die das Ansehen und damit auch die – relative – Autonomie internationaler Organisationen steigert. Die IAEA ist ein Fall, an dem sich dies sicher besonders gut aufzeigen lässt. Von daher ist Browns Überblick nicht

nur für speziell an Fragen der internationalen Kontrolle der Nutzung der Atomenergie Interessierte von Belang, sondern darüber hinaus als Fallstudie zum Thema (relative) Autonomie internationaler Organisationen.

Nachdem sich, im Grunde schon zeitgenössisch, definitiv im Nachhinein die Behauptungen über ein (fortbestehendes) Programm von Massenvernichtungswaffen in Saddam Husseins Irak als eben das: politisch motivierte Behauptungen herausgestellt hatten, war das Atomenergie-Programm des Iran dasjenige Thema, das die internationale Politik in diesem Bereich jahrelang beschäftigte (und vielleicht auch künftig noch und wieder beschäftigen wird). Auf westlicher Seite bestand der Verdacht, für den es durchaus Indizien gab, dass der Iran heimlich nukleare Fähigkeiten anstrebe, um dann womöglich eines Tages Nuklearwaffenfähigkeit zu besitzen oder gar zu enthüllen. Unter wechselnden Führungen hat der Iran in der Tat nicht immer zur Beseitigung von Unklarheiten beigetragen. Er hat jedoch, wie **Daniel H. Joyner**, ehemaliger Vorsitzender des Verifikations-Büros der IAEA, in seiner Studie dazu feststellt, seine völkerrechtlichen Verpflichtungen immer eingehalten, wenngleich nicht immer seine selbst eingegangenen politischen Verpflichtungen. Er geht jedoch noch weiter in seiner Kritik: „the combined systemic phenomena of the gap between expectations and capacity for the IAEA and the deep politicization of the IAEA’s governing bodies, added to the pro-Western views of the current IAEA Director General [der Japaner Yukiya Amano, ML], have in my view created a political environment in the IAEA which is ripe for producing an overstepping of the bounds of the IAEA’s legal authority, in order to please powerful Western governments by over-aggressively pursuing allegations of wrongdoing by Iran.“ (187) Das ist für die Verhältnisse internationaler Diplomatie erstaunlich deutlich! Man darf also wohl von Glück reden, dass der Konflikt durch den politisch vereinbarten Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan vom Juli 2015 zunächst entschärft werden konnte. Ob er auch in der Ära des neuen US-Präsidenten Trump Bestand haben wird, wird sich zeigen müssen.

Der Abwehr der Bedrohung durch interkontinentale, raketengestützte Nuklearwaffen sollte die in der Amtszeit US-Präsident Reagans von ihm lancierte Strategic Defense Initiative (SDI), von Kritikern gerne auch als „Sternenkrieg“ verspottet, dienen. In der Tat hielt die Vorstellung einer weitestgehend wirksamen (sonst hätte es nichts genützt) weltraumgestützten Abwehr einfliegender Nuklearwaffenträger schon zeitgenössisch den formulierten technischen und finanziellen Einwänden nicht Stand, welche die Pläne als zu hoch fliegend und nicht realisierbar erwiesen. Geblieben ist von diesem Gedanken jedoch die Entwicklung ‚kleinerer Brötchen‘, also von regional begrenzter Raketenabwehr. Ich kann mich aus meiner Zeit am Europakolleg Mitte der 1980er Jahre noch an den Titel (leider nur diesen) eines einschlägigen US-Think Tank-Artikels erinnern: „What role for limited missile defense?“, der also schon zeitgenössisch dafür plädierte (und zwar sehr scharfsinnig und mich überzeugend). Wie die Beiträge im Band von **Kelleher und Dombrowski** verdeutlichen, ist dieser Gedanke nie aufgegeben worden und stellt auch gegenwärtig in unterschiedlichen Weltregionen ein verfolgtes Konzept, auch der US-Außenpolitik, dar. Dabei erfüllt das Aufstellen einschlägiger Abwehrwaffen unterschiedliche Funktionen, auch solche der politisch-symbolischen Rückversicherung (wie im Falle der PAC-3-Batterien in der Türkei), aber auch in Israel in Zeiten des Golfkriegs. Die Beiträge des informativen Sammelbandes gehen dem im Einzelnen nach, stellen zunächst in Teil I die US-Politik und – Programme auch in ihrer historischen Entwicklung dar, berichten dann in den sechs Kapiteln des Teil II über regionale Entwicklungen, darunter die Kontroverse zwischen Russland und Nato um ein europäisches Abwehrprogramm, das zur Verschlechterung der Beziehungen beigetragen hat (s. dazu ausführlich: Bilyana Lilly: Russian Foreign Policy toward Missile Defense, Lanham 2014). Zwei abschließende Beiträge versuchen eine global-strategische Gesamtbeurteilung, auch angesichts verbleibender technischer und finanzieller Probleme. Angesichts der Rolle, welche Raketenabwehr an vielen Stellen der Welt potenziell spielen kann, wird die Diskussion darüber auch nicht verstummen. Es ist besser, sie wird offen geführt. Die Beiträge liefern dafür (wie auch für die Analyse der einschlägigen Politiken) einen ersten wohl informierten und informierenden Einstieg.

Neben den fortbestehenden sicherheitspolitischen Problemen zwischen Staaten ist die – transnationale – Bedrohung durch nichtstaatliche Akteure, insbesondere Terroristen,

natürlich ein zentrales Thema seit 2001. Dabei wird freilich der Frage, ob Terrorismus eigentlich ‚funktioniert‘, seine Ziele erreicht, eher selten direkt nachgegangen. Genau dies tut, nüchtern und differenziert, **Richard English**, IB-Professor und Terrorismus-Forscher an der schottischen St. Andrews Universität. Zur Nüchternheit gehört zunächst einmal, dass die Rhetorik der Verdammung durch analytisches Denken ersetzt wird. Das beginnt dabei, dass Terrorismus nicht einfach als „das Böse“ schlechthin mystifiziert wird und dass er als eine (unter bestimmten Bedingungen gewählte) Strategie des politischen Gewalteinsatzes (an)erkannt wird. Auch dann noch, wenn man also Terroristen zubilligt, dass sie tatsächlich politische Ziele verfolgen, sind diese vielfältig und also kann auch möglicher (Miss-)Erfolg nur anhand eines ausdifferenzierten Zielkatalogs beurteilt werden, was mit terroristischen Mitteln erreicht werden soll. Dies unternimmt der Autor in der gehaltvollen Einleitung, die jeder/m einschlägig Interessierter/m zur Lektüre empfohlen sei. Er landet bei einem Ziel-Katalog, der strategischen Sieg, teilweisen solchen, taktischen Erfolg (sechsfach ausdifferenziert) und ‚Belohnung‘ durch terroristische Akte selbst unterscheidet. Mit diesem Maßstab werden in den vier Hauptteil-Kapiteln sodann ebenso viele Fälle vermessen: von Al-Qaida über die IRA und Hamas bis zur ETA, mithin ältere und neuere, europäische und außereuropäische Fälle. Das Fazit fällt, dem Zielkatalog, aber auch der auch biografisch unterfütterten Glaubwürdigkeit des Autors entsprechend, differenziert aus. In mehrfacher Hinsicht ist der Einsatz terroristischer Mittel zielführend, ja English geht soweit, die Wahl dieses Mittels unter bestimmten Bedingungen für nachvollziehbar zu halten. Was, gerade auch angesichts der im Wortsinne schrecklichen Folgen, nicht als Billigung missverstanden werden sollte. Nüchterne Analyse muss die Spannung zwischen beidem aushalten können. Auch insofern stellt Englishs Studie ein Musterbeispiel dafür dar.

Terrorismus und seine Bekämpfung erfolgen jedoch nicht nur in konkreten sozialen und politischen Kontexten. Zumindest Letztere sollte auch in rechtlichen Bahnen erfolgen – was ihr nicht immer gelingt. Dazu muss der (völker-)rechtliche Rahmen der Terroristen-Bekämpfung jedoch zunächst einmal präsent sein, und ihn zu etablieren ist Aufgabe des umfangreichen Handbuchs von **Helen Duffy**. Entscheidungsträger und ihre Berater in einschlägigen Organisationen sollten es zur Hand haben; fachliche Analytiker ebenfalls. Schon vom Umfang her ist das Buch eher etwas für SpezialistInnen, zu denen Duffy, als Praktikerin, die eine menschenrechtliche Kanzlei in Den Haag leitet und zugleich in Leiden eine einschlägige Professur bekleidet, selbst zweifellos gehört. Aber gerade auch einschlägig arbeitende PolitikwissenschaftlerInnen werden für den systematischen Überblick zum geltenden Völkerrecht zum Thema dankbar sein, zumal Duffy in Teil III mit drei Fallstudien ganz ‚heiße Eisen‘ berührt: die Internierung Gefangener in Guantanamo im Lichte der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts; die Tötung Osama bin Ladens; und die Praxis der „extraordinary renditions“, der Verschleppung vermeintlicher Täter und Zuführung zu folterartiger Befragung in Staaten, wo dies gängige Praxis ist. Zu Recht ist Duffys Haltung hier sehr kritisch, jedoch immer durch hohe Faktenkenntnis und solche des Rechts fundiert. Gerade, wer westliche Werte im Munde führt und sie tatsächlich hoch hält, halten will, sollte sich diese Fallstudien sorgfältig ansehen.

Neben dem historischen und dem juristischen Kontext des Terrorismus bzw. seiner Bekämpfung sollte dieser sozialwissenschaftlich-analytisch auch in seiner organisatorischen Realität ernst genommen werden. Auch netzwerkartige Strukturen, die nicht im formalen Sinne organisiert sind, weisen doch die Notwendigkeit der Organisation arbeitsteiligen – zwischen Anführern und Ausführe(r)innen, wie ich gerne sage – Vorgehens auf. Diesen Aspekt rückt **Jacob Shapiro** in seiner verdienstvollen Studie dazu ins Zentrum, und er macht dabei das titelgebende Dilemma aus: „controlling violence and finances while remaining covert“ (4). Im Grunde müssen nämlich auch Terrorgruppen, wie ganz gewöhnliche Organisationen, das Problem lösen, dass sie Mitarbeiter rekrutieren und kontrollieren müssen – wilde Selbstrekrutierung und Drauflosschlagen unterminiert die zielorientierte Steuerungsfähigkeit und damit womöglich auch die Reputation der Gruppe wo diese besteht bzw. ihre Akzeptanz als Verhandlungspartner, auf die es im ‚endgame‘ bei der Verfolgung politischer Ziele oft ankommt. Und das eben zugleich im Geheimen, unter Verfolgungsdruck. Diese quasi organisationssoziologische Perspektive auf terroristische Gruppen ist auch nützlich, um Interventionspunkte auszumachen, um ihnen das (Über-)Leben schwer zu machen, was

aber nicht nur im Sinne physischer Vernichtung missverstanden werden darf, sondern im Sinne einer politischen Strategie, welche langfristig einen friedlicheren Umgang mit zugrunde liegenden politischen Problemen erlaubt. Maximaler Verfolgungsdruck etwa kann verhandlungsbereite Anführer intern delegitimieren, die jedoch für politische Lösungen gebraucht werden, wie Shapiro unter Hinweis auf das IRA-Beispiel argumentiert. Er entfaltet seinen Ansatz und die Bedeutung des Dilemmas in den ersten drei Kapiteln. In vier inhaltlichen exemplifiziert er die Fruchtbarkeit dieser Perspektive an einer Analyse der Fälle Al-Qaida, des Terrorismus im vorrevolutionären Russland, der IRA und der Fatah und Hamas in Palästina. Die Studie demonstriert in vorzüglicher Weise den Nutzen einer sozialwissenschaftlichen Perspektive auf politisch motivierte Gewaltakteure, indem sie deren organisatorischen Probleme nüchtern analysiert.

Neben Terroristen sind Aufständische oder Rebellen eine weitere wichtige nicht- bzw. substaatliche Akteurskategorie der aktuellen Sicherheitspolitik. Freilich agieren diese nicht immer nur auf sich gestellt, sondern erhalten vielfach Unterstützung durch benachbarte oder auch weiter entfernte Staaten. Warum geschieht das? Dieser Frage geht **Belgin San-Akea** von der Istanbuler Privatuniversität Koç in ihrer Arbeit nach. Sie arbeitet in ihrer Einleitung die Bedeutung des Themas heraus und klassifiziert in einer Tabelle die unterschiedlichen Unterstützungsformen. Im zweiten Kapitel entwickelt sie ihre Theorie der (wechselseitigen) Auswahl (selection theory), warum welche Staaten welche Rebellengruppen unterstützen und warum sich diese von wem unterstützen lassen. Zur Überprüfung ihrer entwickelten Hypothesen hat San-Akca eine Nonstate Armed Groups-Datenbank erarbeitet, die für den Zeitraum 1945-2010 Information zu 455 solcher Gruppen weltweit zusammenfasst. Auf dieser Grundlage kann sie in zwei farb-kodierten Weltkarten nicht nur die Unterstützertätigkeit der Staaten und ihre Betroffenheit durch unterstützte NAGs (Nonstate Armed Groups) kartieren, sondern ihre Hypothesen einer quantitativen Überprüfung unterziehen. In einem Anhang ist die Gesamtliste aller Unterstützungsfälle im Zeitraum 1945-2010 enthalten. Sie wie auch die theoretischen Überlegungen könn(t)en auch Ausgangspunkt für weniger aufwendige studentische Arbeiten zum Thema sein.

Dass es sich lohnt, im sicherheitspolitischen Bereich jeweils die politische und soziale Mechanik sozialwissenschaftlich zu analysieren, wurde oben bereits anhand des Verhältnisses politische Führung-Nuklear(waffen)techniker gezeigt und am Verhältnis Anführer-Ausführer in terroristischen Gruppen. **Caitlin Talmadge** zeigt dies in ihrer Studie auch für den im engeren Sinne militärischen Bereich. Sie untersucht die Schlachtfeld-Effektivität von Armeen in autoritären politischen Regimen. Dabei gilt es zunächst die unabhängige Variable, die effectiveness, zu bestimmen. Diese ist nicht etwa mit „Sieg“ gleichzusetzen, denn der Ausgang von Kriegen wird durchaus auch von anderen Faktoren bestimmt als der Schlachtfeld-Effektivität der Truppen. Diese wird vielmehr definiert als „how well it [a state, ML] can perform two of the key tasks of modern battle: training units to perform *basic tactics* and endowing those units with the ability to conduct what I call *complex operations*.“ (4) Die anvisierte Erklärung für die unterschiedliche Effektivität in diesem Sinne von Armeen in autoritären politischen Systemen wird im ersten Kapitel entfaltet. Hier unterscheidet Talmadge zwei unterschiedliche militärisch-organisatorische Praktiken: die conventional war-Praxis und die coup prevention-Praktik. Sie sind jeweils durch vier Aspekte charakterisiert, welche die Promotion betreffen (nach Verdienst oder nicht), das Training (rigoros und realistisch versus sehr eingeschränkt), die Kommandoführung (dezentralisiert und klar versus zentralisiert und unklar) und den Fluss der Information in den Streitkräften (aktiv horizontal und vertikal versus eingegrenzt und nach innen gerichtet). Der Punkt ist: politisch unsichere Regime setzen auf eine Armee, die vor allem interne Coups verhindern soll: sie ist willfährig, aber auf dem Schlachtfeld nicht effektiv. Regime, die sicherer im Sattel sitzen, können es sich leisten, ihre Streitkräfte im Hinblick auf die Abwehr externer Feinde zu optimieren. Diese politisch-militärischen Zusammenhangsvermutungen prüft Talmadge in vier aufwendigen Fallstudien: über Nord- und Südvietnam sowie über Irak und Iran. Diese lassen sich, der Natur des Themas entsprechend, nun wirklich auf detaillierte Analysen der Schlachtfeld-Effektivität ein, was en Detail zu lesen nicht jedermanns Sache sei wird. Aber auch der Nachvollzug der hier skizzierten Argumentation im Grundsatz macht noch einmal deutlich, dass die analytische

Ausleuchtung der politisch-sozialen Mechanik politisch motivierten Gewalteinsetzes ein lohnender Beitrag der politikwissenschaftlichen Beschäftigung mit Fragen der Sicherheitspolitik sein kann.

Verlassen wir damit das Schlachtfeld und richten gegen Ende dieses Rezensionssays den Blick noch etwas in die Zukunft. Für diese erwarten viele, dass eine stärkere Europäisierung der Verteidigungspolitik nötig sein wird (und gerade dieser Tage wurde immerhin ein gemeinsamer Anschaffungsfonds beschlossen – die ‚Euro-Armee‘ scheint noch nicht in Sicht). Da kann es nützlich sein, sich anhand des Bandes von **Tom Dyson und Theodore Konstadinides** einen Überblick über den erreichten rechtlichen Stand der europäischen sicherheitspolitischen Kooperation zu verschaffen und über politikwissenschaftliche Ansätze zu seiner Erklärung. Sie schildern zunächst die Entwicklung seit Ende des Ost-West-Konflikts, insbesondere das Verhältnis europäischer Sicherheitskooperation zur Nato. Kapitel 2 schildert die (vertrags-)rechtlichen Grundlagen, Kapitel 3 behandelt die gemeinsame Beschaffung. Kapitel 4, für Politik-Studierende besonders nützlich, gibt einen Überblick über unterschiedliche theoretische Ansätze zur Erklärung des bisher (nicht) Erreichten. Zum Schluss plädieren die Autoren für eine neoklassisch-realistische Erklärung der Widersprüche in diesem Bereich: Bedarf und Sinnhaftigkeit europäischer Verteidigungskooperation sind lange anerkannt (und werden durch die Wahlkampfretorik eines Trump noch einmal verdeutlicht); unterschiedliche, unterschiedlich wahrgenommene externe Verwundbarkeiten und divergierende Ansichten dazu, wie weit man sich auf Verflechtung im sicherheitspolitischen Bereich einlassen will, verhindern bisher weiteren Fortschritt, wie am Beispiel der ‚drei Großen‘ (D, F und GB) illustriert wird. Der bevorstehende Brexit dürfte auch diese Aufgabe nicht gerade leichter machen.

In die Zukunft des Krieges, primär für den Zeitraum bis 2035, zu schauen, gibt **Christopher Coker** vor. Auch wenn Prognosen bekanntlich notorisch schwierig sind, zumal wenn sie die Zukunft betreffen, und man einräumt, dass es wohl eher um Szenarien denn Prognosen gehen müsste; und auch noch wenn man General McMaster (Deputy Commanding General, Futures, US Training and Doctrine Command) zuzustimmen bereit ist, wenn er im Vorwort zu Cokers Buch schreibt: „Thinking about future war (...) is often neglected because democratic societies and their leaders tend to be optimistic about prospects for peace even as the present and recent past may be harbingers of future conflict.“ (vii); und schließlich auch wenn man sich nicht davon abschrecken lässt, lassen sollte, dass der Autor sich nicht nur als Professor of International Relations an der LSE vorstellen lässt, sondern auch als „philosopher of war“: ich konnte dem Werk kaum etwas abgewinnen. Gerade von einem Philosophen hätte ich ein mehr an eigenständiger geistiger Durchdringung der Materie erwartet, als das Buch liefert (vgl. z.B. unten Cécile Fabre). Cokers Buch beginnt mit noch anregenden Überlegungen zur Problematik der Zukunftsschau, er verweist dabei darauf, dass dies sinnvoller Weise im Lichte der Vergangenheit geschieht, auch wenn simple Trendverlängerung keine gute Vorhersagetechnik ist, und auch auf die Bedeutung literarischer Zukunftsschauen (die im Rest des Buches mehrfach mit guten Zitaten und verblüffend weitsichtigen Ideen zitiert werden). Das allerdings stört dann auch im Lauf des Buches immer mehr: der Autor, der sich seit 30 Jahren mit dem Thema Krieg beschäftigt, ist zweifellos belesen. Und einige seiner Literatur-Hinweise sind rückblickend noch das Beste, was ich aus dem Buch mitnehme. Ansonsten jedoch kann ich kaum nachvollziehen, wenn ein Klappentext-Lob davon spricht, Coker sei „rescuing the subject from technological fantasists“. Das gilt, insofern Coker betont, dass Technik-Determinismus auch kein guter Weg der Zukunftsschau ist. Aber viel zu viele Passagen reißen doch irgendwelche technologischen Neuerungen an, meist basierend auf intensiveren Studien zum Thema, ohne die jeweilige Thematik jedoch gedanklich wirklich eigenständig oder weiterführend zu durchdringen. So treffen wir (als kriegstechnisch einigermaßen Vorinformierte) auf alles Bekannte und Erwartbare: rail gun, Drohnen, Cyberwar, Hybrid War (der hier Non-Linear War heißt), urban warfare etc. Oft werden dazu nur Stichwort-Fetzen hingeworfen, zu Letzterem etwa: „Quantitative urbanism is the *science du jour*“ (195). Man fragt sich, was das soll. Und man fragt sich, was einen sonst eher für gute kritische Literatur bekannten Verlag bewogen hat, dieses Buch zu publizieren. Vielleicht, dass sich mit diesem Titel und Autor Kasse machen lässt? Zum Glück gibt es, ohne den Anspruch der Zukunftsschau, weit

Besseres zur Einführung in gegenwärtiges strategisches Denken (vgl. Sloan 2017 in diesen Lit-Tipps). Und was die Zukunftsschau anbelangt, so stellt Coker abschließend fest: „So, what lies in store for us? The truth of the matter is that none of us can know.“ (200 [!]) Ebenso richtig wie banal – aber dafür muss man keine 200 Seiten lesen.

Wie ein innovativer und tatsächlich philosophischer Blick auf das Thema Krieg aussehen könnte, demonstriert **Cécile Fabre** in ihrer Abhandlung über „Cosmopolitan War“. Als kosmopolitisch werden in der zeitgenössischen internationalen politischen Theorie, wie es nun auch im Deutschen zunehmend genannt wird, also der politischen Philosophie und Ethik der internationalen Beziehungen, solche Ansätze bezeichnet, die die Privilegierung eines nationalen Standpunktes weitestgehend überwinden wollen: Jeder Mensch hat dieselben Rechte, egal, wo er geboren wurde. Das hat natürlich Konsequenzen, etwa für Fragen der grenzüberschreitenden Migration, die durchdacht werden wollen. Aber auch für die unterschiedlichen heutigen Formen der Kriegführung: vom immer noch vorkommenden zwischenstaatlichen Krieg über Bürgerkriege und sog. humanitäre Interventionen bis hin zur asymmetrischen und kommerzialisierten Kriegführung stellen sich hier neue Fragen der Gerechtigkeit und Rechtfertigung. Es ist Fabres Verdienst, dass sie diesen, kapitelweise für die genannten Kriegsformen, von einem konsequent kosmopolitischen Standpunkt nachgeht. Allerdings macht die von ihr geforderte und praktizierte Berücksichtigung der Handlungsebene konkreter Menschen das Durchdenken der Dilemmata politischen Gewalteinsatzes nicht wirklich leichter, und nicht alle ihrer Schlussfolgerungen werden ungeteilte Zustimmung finden, etwa wenn sie zu dem Schluss kommt, „that severe deprivation constitutes a just cause for going to war not only because it undermines states' political sovereignty and territorial integrity, but also because it harms the very deprived in their individual interests in leading a minimally decent life.“ (128) Man kann das Anliegen, die Rechte der Ärmsten, konkreter Menschen, gleichberechtigt ernst nehmen zu wollen, nachvollziehen; aber muss man daraus philosophisch einen gerechten Kriegsgrund machen? Schlimmstenfalls kommt es so – und vielleicht ist Fabres Analyse auch so zu verstehen, dass sie uns bewegen möchte zu verhindern, dass es so kommt. Keine einfache Lektüre also, von Stil und Inhalt her.

Im bisherigen Verlauf dieses Rezensions-Essays habe ich mich bewusst auf Fragen der klassischen, ‚harten‘ Sicherheitspolitik konzentriert und auf Literatur, die dazu hinführt oder demonstriert, wie und was politikwissenschaftliche Analyse dazu beitragen kann. Wie erwähnt gibt es jedoch auch neuere, erweiterte Verständnisse von „Sicherheit“, die zumindest darin ihre Berechtigung haben, dass für viele Menschen andere Bedrohungen als die, welche von (grenzüberschreitendem) politisch motiviertem Gewalteinsatz ausgehen, genauso existentiellen Charakter haben. Dies gilt etwa für die Sicherheit der Versorgung mit Nahrungsmitteln und ihrer politischen Steuerung. Genau diesem Thema, der food security governance, ist der kundige Überblick von **Nora McKeon** gewidmet. Als ehemalige Mitarbeiterin der Welternährungs-Organisation (FAO) und jetzige Aktivistin und Analytikerin in diesem Themenbereich ist sie berufen, einen solchen zugleich breiten und tiefen Überblick zu geben. Das ist schon deshalb verdienstvoll, weil food governance inzwischen ein komplexes Handlungsfeld mit zahlreichen Akteuren ganz unterschiedlicher Art geworden ist, von Kleinbauern und ihren sozialen Bewegungen über Indigenengruppen bis hin zu Agro-Konzernen, Regierungen und internationalen Organisationen. Dabei formuliert sie ihren Anspruch: „We will seek to liberate terms and trends from an oversimplified ‚good/bad‘ logic that impedes discussion and to see instead how they may be viewed dialectically, in interaction and evolution.“ (7) Jedoch: “This is not to say that I don't have my own lens and my own views” (ebd.) Die Balance gelingt ihr recht gut. Kapitel 1 gibt einen gerafften Überblick über die historische Entwicklung der drei food regimes, wie der Fachbegriff lautet: die 1940er und 50er Jahre, charakterisiert von neuen multilateralen Organisationen (wie der FAO) und ungebrochenem Glauben an Wissenschaft und Technik; die 1960er und 70er als Phase des Schwankens zwischen Nahrungskrise und verstärkter Rolle der Multis; und die neoliberale Phase bis zur Nahrungsmittelkrise 2005. Eine umfangreiche Tabelle fasst die Hauptcharakteristika der Regime zusammen. Kapitel drei stellt unterschiedliche Leitideen (paradigms) der global food governance vor: food security, food sovereignty und evidence-based decision making. Den Reaktionen auf die Preiskrise von 2005 ist Kapitel 4 gewidmet.

Kapitel 5 und 6 verfolgen Lösungsansätze von ‚unten nach oben‘ (Bauern-Kooperativen, auf Dauer tragfähige Produktionsmethoden u.a.) bzw. „from the top reaching downward“ (u.a. die landgrabbing-Problematik). Der Text ist durchgehend informativ und klar, wird durch zahlreiche Übersichten, Tabellen und Kästchen ergänzt, eine umfangreiche Bibliographie und ein Register runden den Charakter eines Buchs zum (Weiter-)Arbeiten ab.

Wie gesagt war bisher bewusst von Sicherheit und ihren Bedrohungen die Rede. Und was ist mit Frieden? Natürlich ist auch dieser weiterhin ein lohnendes politikwissenschaftliches Thema, und nicht ohne Grund wurden die Security Studies durch Peace Studies, (kritische) Friedensforschung, ergänzt. Zu deren skandinavischen Vorreitern zählt neben dem Norweger Johan Galtung auch der Schwede **Peter Wallensteen**. Ersterem verdanken wir die Unterscheidung zwischen negativem Frieden (als Abwesenheit physischer Gewalt) und positivem Frieden – der jedenfalls sehr viel mehr ist: Entwicklung (selbst umfassend zu verstehen) und soziale Gerechtigkeit. Das kritische Potenzial des letzteren Begriffs, der Ungleichheit und Ungerechtigkeit hervorhebt, hervorheben will, ist deutlich. Aber auch seine Problematik. Diese besteht normativ darin, dass der Hinweis auf strukturelle Gewalt, die fehlenden positiven Frieden kennzeichnet, zur Legitimation von physischer (Gegen-)Gewalt gebraucht werden kann (vgl. auch oben die Bemerkungen zu Fabre). Und analytisch ist der positive Friedensbegriff problematisch, weil sein Fehlen wie sein Erstreben analytisch ganz anders zu erklären sind als im Falle physischer Gewalt. Daher lanciert Wallensteen als ‚mittleren‘ Begriff den des quality peace, also eines Friedens, der mehr ist als das Schweigen von Waffen (oder Friedhofsruhe), insofern er auf konsolidierten Frieden nach gewaltsamem Konfliktaustrag zielt, der Sicherheit und Würde auf Dauer ermöglicht. Wie er zu erreichen ist, abhängig davon, welcher Art der vorausgegangene Gewaltkonflikt war: zwischenstaatlicher Krieg, Bürgerkrieg, Staatenbildungskonflikte, untersucht Wallensteen jeweils in eigenen Kapiteln. Als Mitbegründer des Uppsala Conflict Data Program stützt er sich dabei auf quantitative Angaben zur Prüfung seiner Hypothesen, die abschließend in 25 Schlussfolgerungen, geordnet nach Konfliktyp, münden. Einige davon wirken auch mit gesundem Menschenverstand erreichbar (was ja nicht schlecht ist, wenn ‚harte‘ Forschung diesen bestätigt), andere sind ohne Erläuterung kaum verständlich. Als ein Blick (Einblick) in die quantitative Friedensforschung wie auch als gute Sichtung der Friedensstiftungs-Probleme in unterschiedlichen Konfliktlagen ist der Band im fortgeschrittenen Studium zu empfehlen.

Damit beende ich diesen Essay. Er sollte anhand ausgewählter (es ist tatsächlich nur eine Auswahl) neuerer Publikationen zeigen, was der Beitrag guter politik- und sozialwissenschaftlicher Analyse zur Beschäftigung mit der Sicherheitsproblematik sein kann. Insbesondere die monografischen Forschungsarbeiten liegen dabei vom Erhebungsaufwand oft weit über dem Niveau eines BA- oder Masterstudiums, oft über Dissertations-Niveau. Dennoch lassen sich am Beispiel guter Arbeiten Argumentationsweisen und auch solche der Hypothesen-Bildung und –Prüfung nachvollziehen, weshalb ich ab dem fortgeschrittenen Studium dringend empfehle, einmal ein, zwei solcher Arbeiten zu sichten. Einführende und Überblick stiftende Bücher haben dafür – und für eigene Arbeiten mit geringerem, vertretbarem und realisierbarem Erhebungsaufwand – hinführenden Charakter. In dieser Hoffnung zumindest wurden sie hier in Auswahl vorgestellt.

Bibliographische Angaben zu den im Essay behandelten Werken:

Black, Jeremy 2016: Air Power. A Global History, Lanham u.a.: Rowman&Littlefield.

Brown, Robert L. 2015: Nuclear Authority. The IAEA and the Absolute Weapon, Washington, DC: Georgetown University Press.

Burns, Richard D. 2013: The Evolution of Arms Control. From Antiquity to the Nuclear Age, Lanham u.a.: Rowman&Littlefield.

Burns, Richard D./Coyle, Philip E. 2015: The Challenges of Nuclear Non-Proliferation, Lanham u.a.: Rowman&Littlefield.

Coker, Christopher 2015: Future War, Cambridge/Malden: Polity.

Duffy, Helen 2015: The ‚War On Terror‘ and the Framework of International Law, 2nd ed., Cambridge: Cambridge University Press.

Dyson, Tom/Konstadinides, Theodore 2013: European Defence Cooperation in EU Law and IR Theory, Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan.

English, Richard 2016: Does Terrorism Work? A History, Oxford: Oxford University Press.

Futter, Andrew 2015: The Politics of Nuclear Weapons, Los Angeles u.a.: Sage.

Horowitz, Michael C. 2010: The Diffusion of Military Power. Causes and Consequences for International Politics, Princeton/Oxford: Princeton University Press.

Hymans, Jacques E. C. 2012: Achieving Nuclear Ambitions. Scientists, Politicians, and Proliferation, Cambridge: Cambridge University Press.

Jarvis, Lee/Holland, Jack 2015: Security. A Critical Introduction, London/New York: Palgrave Macmillan.

Joyner, Daniel H. 2016: Iran’s Nuclear Program and International Law. From Confrontation to Accord, New York: Oxford University Press.
IPSE 5, 11 und WRigZ 3

McKeon, Nora 2015: Food Security Governance. Empowering communities, regulating corporations, London/New York: Routledge.

Shapiro, Jacob N. 2013: The Terrorist’s Dilemma. Managing Violent Covert Organizations, Princeton: Princeton University Press.

Sloan, Elinor C. 2017: Modern Military Strategy, 2nd ed., Abingdon/New York: Routledge.

Talmadge, Caitlin 2015: The Dictators Army. Battlefield Effectiveness in Authoritarian Regimes, Ithaca/London: Cornell University Press.

Tang, Shiping 2010: A Theory of Security Strategy for Our Time. Defensive Realism, New York: Palgrave Macmillan.

White, Nigel D. 2014: Advanced Introduction to International Conflict and Security Law, Cheltenham, UK/Northampton, MA, USA: Edward Elgar.

Einzel-Kurzrezensionen:

Alam, Shawkat/Atapattu, Sumudu/Gonzales, Carmen G./Razaque, Jona (Hrsg.): International Environmental Law and the Global South, New York: Cambridge University Press.

IPSE 12

Praktisch seit der 'Taufveranstaltung' der international-globalen Umweltpolitik, der Stockholmer UN-Konferenz zum Thema von 1972, durchzieht auch ein Nord-Süd-Konflikt dieses Politikfeld, der mit der angemessenen Berücksichtigung unterschiedlicher Anteile an der Umweltbelastung – der Norden ist hier, historisch und weitgehend auch noch quantitativ dem Süden voraus – einerseits, den ungleichen (technischen, administrativen und ökonomischen) Kapazitäten zur Minderung oder gar Überwindung der Umweltschäden (wobei wiederum der Norden vorne liegt) andererseits. Diese Nord-Süd-Spaltung und wie mit ihr im sich bis heute entwickelt habenden globalen Umweltrecht umgegangen wird, ist Gegenstand dieses Bandes, der nach einem einleitenden Beitrag zweier der Herausgeber zur Natur des Nord-Süd-Konflikts in der internationalen Umweltpolitik in den sechs Beiträgen des ersten Teils seiner geschichtlichen Entwicklung nachgeht, von der Kolonialzeit bis zum Diskurs über sustainable development. Teil II befasst sich in sechs Beiträgen mit konkreten Beispielen, wie dieser Konflikt ausgetragen wird, von der Regulierung von Biodiversität bis zu der gefährlicher Abfälle. Teil III versammelt fünf Beiträge zur Schnittstelle internationalen Umwelt- und Wirtschaftstrechts, darunter auch die Rolle von Sovereign Wealth Funds (staatlicher Investitionsfonds) und transnationaler Unternehmen. Sechs weitere Beiträge behandeln in Teil IV Fragen internationaler Umweltgerechtigkeit und verwundbarer Gruppen, berichtet u.a. über „Wasserkriege“, das heißt Anti-Privatisierungskampagnen im Süden und klimabedingte ‚Natur‘katastrophen. Die vier abschließenden Beiträge nehmen Herausforderungen und Optionen in den Blick, etwa Süd-Süd-Kooperation und die Frage von sustainable development oder Green Economy. Der Band stellt aufgrund der vielen eher kurzen Beiträge eine vorzügliche Quelle dar, um sich in die Nord-Süd-Dimension globaler Umweltpolitik und –rechtsentwicklung einzuarbeiten, zumal ein Register den Band gut erschließt. Angesichts der vielen festgestellten Nord-Süd-Asymmetrien ist es erfreulich, dass das Gros der Beitragenden aus dem globalen Süden kommt.

Bentley, Michelle 2016: Syria and the Chemical Weapons Taboo. Exploiting the Forbidden, Manchester: Manchester University Press.

IPSE 5, 9, 11; WRigZ 3

Eine der Episoden des Syrien-Konflikts (vgl. auch Phillips in diesen Lit-Tipps) ist die berühmte, ja inzwischen berüchtigte, Ankündigung einer „roten Linie“ durch US-Präsident Obama hinsichtlich der Bewegung oder des Einsatzes von Chemiewaffen. Als Letzterer dann im Dezember dennoch erfolgte, hatte dies jedoch zunächst keine, insbesondere militärischen, Konsequenzen. Die Drohung hatte sich als hohl erwiesen, und dies ist von Kritikern Obamas Agieren in der Sache vielfach kritisiert worden. Michelle Bentleys Punkt ist jedoch ein anderer. Ihr geht es um den strategischen Umgang mit dem, was das C-Waffen-Tabu genannt worden ist. Dies steht für die im ersten Kapitel in ihrer historischen Entwicklung geschilderte implizite Norm, dass C-Waffen nicht eingesetzt werden sollen. C- und auch A-Waffen-Tabu sind insbesondere von konstruktivistischen Autoren als Beispiele impliziter, aber wirksamer Normen fachlich interpretiert worden. Schon der wirklich normative (im Unterschied zu auf kalkulierender Klugheit beruhende) Charakter des Einsatz-Verzichts lässt sich bestreiten. Und offenbar teilen nicht alle Akteure ein solches Einsatz-Tabu – was, aus realistischer Sicht, genug ist, um Unsicherheit darüber zu etablieren. Bentleys Punkt jedoch ist ein anderer. Ihr geht es, und das erscheint mir wichtig und richtig angesichts der strategischen Natur internationaler Politik, die naive konstruktivistische Lesarten oft übersehen, um den instrumentellen Gebrauch des C-Waffen-Tabus, mit z.T. konfliktverschärfender Wirkung. Denn durch den bewussten Fokus auf C-Waffen, der durchaus als rhetorischer Druck und Desavouierung gegenüber dem Assad-Regime eingesetzt wurde, entstand der letztlich falsche Eindruck, dass von dieser Frage die weitere Konfliktregelung abhängen würde. Da Obama jedoch zur Durchführung seines impliziten

Ultimatums nicht bereit war, war er, um von diesem ‚Ast wieder herunterzukommen‘, auf den von Russland inspirierten Weg der offiziellen Aufgabe der C-Waffen durch Assad angewiesen – also auf Assad, der dadurch als (zumindest zur Regelung dieser Angelegenheit) unverzichtbare Autorität im Lande bestätigt wurde, ganz im Gegensatz zur offiziellen US-Linie, dass er seine Legitimität als Herrscher verloren habe. Alle drei: Russland (um sich als konstruktiver, auch für die USA unverzichtbarer Akteur im Mittleren Osten zu etablieren), die USA (um zumindest teilweise gesichtswahrend aus dem Dilemma des hohlen Ultimatums herauszukommen) und Assad (um sich als unverzichtbare Autorität im Lande zu inszenieren) nutzten also die C-Waffenfrage und das vermeintliche Tabu instrumentell-taktisch, während sie gleichzeitig alle vom Nimbus der Bestätigung des C-Waffen-Kontrollregimes profitierten. Diese Interpretation der Ereignisse als taktisch-instrumenteller Umgang mit internationalen Normen hebt sich von zu naiven konstruktivistischen Lesarten der Normtreue erfreulich ab. Eines ganzen Buches – im Unterschied zu einem Fachartikel – hätte es dazu jedoch nicht gebraucht. Sein ohnehin bescheidener Umfang wird nur durch Großdruck und etliche inhaltliche Längen und Wiederholungen erreicht. Dennoch ein nützlicher Fingerzeig darauf, wie internationale Normen selbst dann, als taktisches Instrument, wirksam sein können, wenn die Akteure nicht aufrichtig durch sie in ihrem Verhalten angeleitet werden.

Berenskoetter, Felix (Hrsg.) 2016: Concepts in World Politics, Los Angeles u.a.: Sage.

IPSE passim

Zu den ‚Kopfwerkzeugen‘ gerade der Kultur- und Sozialwissenschaften gehören Begriffe. Wie AnfängerInnen zunächst mit etwas Bedauern feststellen (müssen), heißt das leider nicht, dass sie, und seien es (gerade!) grundlegende Begriffe wie „Macht“, „Gesellschaft“ oder „Demokratie“, einfach und allgemein übereinstimmend definiert würden bzw. definierbar wären. Etliche davon zählen vielmehr zu dem, was man „ihrem Wesen nach umstrittene Begriffe“ (essentially contested concepts) nennt. Will sagen: Während jedes Wörterbuch natürlich erste Kurz-Bestimmungen solcher Begriffe liefert und stärker fachliche Nachschlagewerke darüber hinaus auch auf (unterschiedliche) theoretische Bezüge verschiedener Begriffs-Fassungen verweisen (für die internationale Politik z.B. „A New A-Z of International Relations Theory“, herausgegeben und – zusammen mit drei Kollegen – verfasst von Lloyd Pettiford, London/New York 2015), so will der fachliche Umgang mit Begriffen, auch mit der Pluralität sinnvoller Fassungen, doch gelernt sein, vielleicht eher in der zweiten Hälfte eines Studiums. Hierfür bietet dieser Band eine sehr gute Gelegenheit, beginnend bei der anregenden Einführung des Herausgebers über „Unpacking Concepts“, also verschieden Herangehensweisen beim ‚Aufdröseln‘ zentraler Begriffe, die er „historical“, „scientific“ und „political (critical)“ nennt. Ersterer betont den (jeweiligen) historischen Kontext von Begriffs-Fassungen und verfolgt deren Entwicklung. Die „wissenschaftliche“ Herangehensweise führt weder zu einem unbestreitbaren ‚Wesen‘ von Begriffen, wie es ein älterer Essentialismus erwartete, noch zu ‚objektiven‘ Begriffsbestimmungen in einem naiven Sinne. Vielmehr versucht er durch Präzisierung von Begriffs-Bestimmungen und auch durch ihre Operationalisierung (Messbar-Machung) die Chancen der intersubjektiv überprüfbareren Anwendbarkeit von Konzepten zu erhöhen, was zweifellos für die wissenschaftliche Praxis sinnvoll ist. Es kann jedoch zu dem Irrtum verleiten, dass begriffliche Unschärfe ausschließlich von Nachteil sei oder dass Begriffsgehalte eben doch ‚wissenschaftlich-neutral‘ (und in diesem Sinne objektiv) bestimmbar seien – was VertreterInnen der dritten Herangehensweise gerade bestreiten würden. Sie pochen nicht nur darauf, dass niemand die Letzt-Autorität zur Festlegung von Begriffen hat; sie weisen auch auf verdeckte Implikationen unterschiedlicher Begriffsfassungen hin sowie darauf, dass und wie damit selbst Politik gemacht wird (leicht erkennbar an Konzepten wie „Schurkenstaat“; aber auch Demokratie-Begriffe können solche, z.B. ‚Humanitäre‘ Intervention rechtfertigende Funktion haben bzw. können dies als ‚hidden agenda‘ ihrer Propagatoren mit sich tragen). Für den Rest des Bandes, der 17 zentrale Begriffe der Internationalen Beziehungen kritisch erörtert, von „Sicherheit“ (S. Guizzini) über „Identity“ (R. N. Lebow) und „Capitalism“ (B. Teschke/F. Wenten) bis zu „Hegemony“ (A. Colás) und „Intervention“ (D. Chandler) konnten jeweils ausgewiesene AutorInnen gewonnen werden, so dass damit ein Band vorliegt, der im

fortgeschrittenen Studium nicht nur den (kritischen) Umgang mit Begriffen illustriert und einzuüben erlaubt, sondern auch zu den Problematiken der Fassung des jeweiligen Grundbegriffes der IB hinführt. Für diese Studienphase (und zu diesem Preis) ist der Band wirklich zu empfehlen.

Constantinou, Costas M./Kerr, Pauline/Sharp, Paul (Hrsg.) 2016: The SAGE Handbook of Diplomacy, Los Angeles u.a.: Sage.

Im Rahmen typischer IB-Studien hierzulande wird die klassische Praxis des zwischenstaatlichen Verkehrs: die Diplomatie oft kaum gewürdigt. Dabei ist es durchaus nicht so, dass sie im Zeitalter internet-gestützter Echtzeit-Kommunikation obsolet geworden wäre. Tatsächlich sind Botschafter natürlich nicht mehr die einzigen und sicher nicht immer die wichtigsten Quellen für ihre Heimat-Regierungen oder gar Gesellschaften über die politischen und sozialen Verhältnisse in ihren Zielstaaten. Und natürlich hat sich Diplomatie im Lauf der Jahrhunderte selbst weiterentwickelt, etwa durch die Etablierung nahezu permanenter Konferenzdiplomatie und die Ausdifferenzierung spezieller Diplomatie einzelner Sachbereiche (Umwelt-, Abrüstungs-, Gesundheits-Diplomatie u.v.a.m.). Und diese und andere Wandlungen sind auch derzeit in Gang. Diplomatie ist als keinesfalls ein angestaubt-trockenes Thema, sondern eine lebendige Praxis, die die volle IB-Aufmerksamkeit verdient. So sehen es offenbar auch Herausgeber und Beitragende des angezeigten Bandes, dessen insgesamt 53 kurze, aber gehaltvolle Einzelbeiträge vielfach den anregenden ‚spirit‘ vermitteln, an der Mitgestaltung spannender Praktiken beteiligt zu sein, zumindest durch analytische Begleitung. Von daher sei jedem ernsthaft an internationaler Politik Interessiertem (und insbesondere jenen unter ihnen, die vielleicht selbst diplomatische Praxis als Berufsziel ins Auge fassen), ein vertiefter Blick in den Band empfohlen. ER beginnt mit 11 Beiträgen über „Diplomatic Concepts and Theories“, die sowohl theoretisch-fachliche Perspektiven eröffnen als auch ungewöhnliche Kontexte ansprechen (etwa „Diplomacy and the colonial encounter“). Teil II versammelt neun Beiträge zu Institutionen der Diplomatie (Botschaften, Konsulate, Gipfeldiplomatie u.a.m.), Teil III kümmert sich in 13 Beiträgen um die Diplomatie in unterschiedlichen Akteurskontexten (Diplomatie großer und mittlerer Mächte sowie von Kleinstaaten, EU-Diplomatie sowie einzelner Staaten - USA, Russland, China – bzw. in einzelnen Weltregionen, von Ostasien bis zum südlichen Afrika; eine interessante Ergänzung der einschlägigen Kapitel meines Weltregionen-Kurses/-Buches). Die 18 Beiträge des abschließenden Teil V sind schließlich unterschiedlichen Diplomatie-Typen gewidmet, von „public“ über „coercive“ und „conference“ und „city diplomacy“ bis hin zu inhaltlichen Bereichen wie „economic diplomacy“, „science diplomacy“ und „indigenous diplomacy“. Neben dem unlängst erschienen „Oxford Handbook of Modern Diplomacy“ (herausgegeben von Andrew F. Cooper, Jorge Heine und Ramesh Takur, Oxford 2015) liegen damit binnen kurzem zwei hochkarätige Handbücher zum Thema Diplomatie vor, die die Beschäftigung mit dem durchaus spannenden und aktuellen Thema im Rahmen des (Selbst-)Studiums der internationalen Politik ermöglichen. Das ist erfreulich, denn die Sache verdient, wie gesagt, diese Aufmerksamkeit.

Corner, Paul/Lim, Jie-Hyun (Hrsg.) 2016: The Palgrave Handbook of Mass Dictatorship, London: Palgrave Macmillan.

Vergleichende Diktatur-Forschung ist hierzulande, wo die Geschichte leider unangenehme, wenn auch recht unterschiedliche Beispiele bietet, weitgehend der Zeitgeschichtsforschung überantwortet worden. Auch die Herausgeber und Autoren des angezeigten Bandes sind überwiegend fachlich so zu verorten. Was den Band gleichwohl auch für PolitikwissenschaftlerInnen relevant macht, sind drei erfreuliche Entwicklungen in der jüngeren Geschichtswissenschaft. Zum einen greift sie sozialwissenschaftliche Fragestellungen auf, hier zentral die nach dem Verhältnis zwischen Bevölkerung und Führung, und zwar über das ‚Schreckens- bzw. Gewaltherrschafts-Paradigma‘ hinaus, das Bevölkerungen in Diktaturen zu ausschließlich als eingeschüchterte Opfer sieht. Solche Opfer hat es natürlich gegeben, z.T. ebenfals massenhaft, und das kann und soll nicht gelegnet werden. Gleichwohl ist die Untersuchung unterschiedlicher Formen des systemstabilisierenden Mitmachens weiter Teile der Bevölkerung, was gerade für Massendiktaturen

des 20. Jahrhunderts charakteristisch ist, wie natürlich auch unterschiedlicher Formen des Sich-Entziehens bis hin zu Formen des Widerstands von Interesse, um wirklich ein komplettes Bild der Wechselwirkung zwischen Führung und Bevölkerung in Massendiktaturen zu erhalten. Zweitens arbeitet die neuere Geschichtswissenschaft gerne auch (international) vergleichend und, drittens, transnational in Bezüge einordnend. Um dies zu realisieren, würde man idealer Weise ein multinationales AutorInnen-Team rekrutieren – und genau dies ist im angezeigten Band gelungen, der aus einem mehrjährigen (2003-08) transnationalen ForscherInnen-Verbund zum Thema hervorgegangen ist und auch die Buchreihe „Mass Dictatorship in the 20th Century“ hervorgebracht hat. Vergleichend in Blick genommen werden natürlich die ‚großen‘ Fälle des nationalsozialistischen Deutschland, des faschistischen Italien und der stalinistischen Sowjetunion. Einbezogen werden jedoch auch die peripheren Fälle der Jungtürken (sowie ein kritischer Seitenblick auf jüngste Entwicklungen in der Türkei unter Erdogan), die Staaten des ehemaligen Ostblocks, Japan in der Zeit des Zweiten Weltkriegs, kommunistische Diktaturen in Ostasien und illustrativ auch weitere Fälle. Der Band ist jedoch nicht nach-Länder- bzw. System-Fällen gegliedert, sondern nach Sachaspekten, welche das Phänomen Massendiktatur erschließen können, in fünf Teile: „Projekte“ behandelt als erster Teil Diktaturen als Modernisierungsprojekte, aber auch koloniale Projekte von Diktaturen, Nationenbildung und „sociopolitical engineering“. Teil II kümmert sich vergleichend um repressive Herrschaftsmechanismen, Teil III um Mobilisierungsstrategien (u.a. durch Sport-‚Events‘, wie man heute sagen würde, aber auch durch das Kino). Dem Thema Militarisierung sind die sechs Beiträge des vierten Teils gewidmet, unter der vieldeutigen Überschrift „Appropriation“ geht es um unterschiedliche Verhältnisse zu herrschenden Diktaturen, von Widerstand bis zur Gruppe der Opfer. Der Band ist sowohl eine Fundgrube zu seltener behandelten Einzelaspekten als auch eine anregende Basis für stärker politikwissenschaftlich-abstrahierende Analysen zur Herrschaftsmechanik von Massendiktaturen im 20. Jahrhundert und, wie man wohl leider sagen muss, auch des beginnenden 21. Jahrhunderts, zumal, wie die Herausgeber am Ende ihrer Einleitung feststellen, „the distance we generally assume to exist between mass dictatorship and modern democracy seems less than might appear at first sight.“ (xxix)

Deitelhoff, Nicole/Zürn, Michael 2016: Lehrbuch der Internationalen Beziehungen. Per Anhalter durch die IB-Galaxis, München: Beck.

Der Titel dieses für fortgeschrittene Studierende der Internationalen Beziehungen nützlichen Bandes lässt den Inhalt nicht genau erkennen. Behandelt werden Theorien der IB, in Auswahl, ihr Gegenstandsbereich nicht. Der Untertitel ist eine Popularisierung heischende Anspielung auf Douglas Adams ursprüngliches Hörspiel und spätere Romane, was sich im Buch im Wesentlichen in einigen Vorsprüchen und Anspielungen im Text niederschlägt. Wer's mag – stören tut dies nicht. Die Auswahl der behandelten Theorien – es sind durchaus viele –, ist nicht als solche zu kritisieren, es musste eine getroffen werden. Es hätte aber deutlicher zu Beginn gesagt werden können, wo der Schwerpunkt liegt (als ganz am Ende die Entschuldigung nachzureichen, dass nicht erfolgte oder kurze Behandlung von Theorien „nichts mit ihrem Wert als Theorien zu tun hat“ (298). Nach einem einführenden Kapitel über die Entwicklung des modernen Staatensystems, die sich in der Theorieentwicklung spiegelt, wird unter der Überschrift „Krieg und Frieden“ der Realismus im Kontext des Kalten Krieges kurz dargestellt – und „liberalen Friedensansätzen“ gegenübergestellt. Und damit wird für den Rest des Bandes die realistische Theoriefamilie weitgehend verabschiedet. Damit ist die erste Lücke des Bandes benannt (für Abhilfe kann die vorzügliche Realismus-Sichtung sorgen, die Shiping Tang – diese Lit-Tipps – im Wege seiner Entfaltung des defensiven Realismus vorgelegt hat). In diesem Rest kristallisiert sich die Problematik von überstaatlicher Governance und normbasierter internationaler Ordnung als zweifache thematische Orientierung heraus, die auch die Auswahl der behandelten Theorien stark bestimmt. Sie hat, nach einem Kapitel über Kolonialismus/Imperialismus und strukturelle Gewalt, ihren Schwerpunkt eindeutig im Bereich institutionalistischer Ansätze, inklusive rationalistischer Zweige wie der Principal Agent-Theorie oder der der rationalen Institutionen(design)wahl. Diese Darstellungen sind kundig und konzise, und hier liegt eine Stärke des Bandes für fortgeschrittene Studierende, die hier Anregung und/oder Re-

Kapitulierung finden können. Im zweiten Teil („Jenseits der Anarchie“) wird dann, ausgehend von Global Governance-Überlegungen, über Autorität und Legitimität in der Weltpolitik nachgedacht. Dass auch auf realistischer Grundlage über faktische, nicht normativ basierte Welt-Ordnung nachgedacht wurde und werden kann, wird nicht mit einbezogen. Stattdessen wird, resümiert in Abb. 7.2, eine Typologie öffentlicher Autorität (in Anlehnung an Webers Herrschafts-Begriff) entfaltet, wobei, trotz Erwähnung neo-gramscianischer kritischer Ansätze, die Problematik transnational-privater Herrschaft (im Sinne struktureller Macht) nicht mitbedacht wird, nur zwischen „epistemischer“ und „politischer“ Autorität unterschieden wird, nicht auch die privater Verfügungsgewalt. Dieses polit-ökonomische Manko kann auch das kurze Kapitel über kritische Theorien unter der Überschrift „Herrschaft und Widerstand“ nicht kompensieren, da ein polit-ökonomischer Herrschaftsbegriff nicht entfaltet wurde. Alles in allem also ein auf Fragen internationaler Institutionalisierung und normativ-basierter Ordnungsbildung fokussierter und in diesem Bereich auch gelungener Theorie-Überblick für Fortgeschrittene, der ob der unzureichenden Berücksichtigung realistischer Theoriebildung und trotz der Erwähnung etlicher kritischer Ansätze aufgrund der mangelnden Berücksichtigung der polit-ökonomischen Dimension von Herrschaft der zweifachen Ergänzung bedarf.

Dreyer, June Teufel 2016: Middle Kingdom and Empire of the Rising Sun. Sino-Japanese Relations, Past and Present, New York: Oxford University Press.

WRigZ 5

Das Fehlen insbesondere Chinas, aber auch ganz Ostasiens in meinem Einführungs-Kurs bzw. -Buch „Internationale Politik studieren“ habe ich bereits mehrfach als eines seiner Mankos geoutet – und mittels des „Weltregionen“-Kurses/-Buches zu korrigieren versucht. Für dessen Kap. 5 wie ganz allgemein für an China, Japan, beider Verhältnis und die Verhältnisse in Ostasien im Allgemeinen Interessierte bietet dieser historische Überblick der US-Kollegin Dreyer von der University of Miami eine vorzügliche Möglichkeit, sich historisch vertieft Kenntnisse anzueignen. In ausgesprochen klarer Darstellung und weitgehend chronologischer Abfolge gelingt Dreyer die Schilderung dieser Zweierbeziehung, in der Korea, das Ringen um es bzw. um Einfluss auf es, oft die dritte Seite bildete. Sie beginnt ihre Darstellung im ausgehenden sechsten Jahrhundert, als erstmals in beiden Staaten Dokumente über Missionen zwischen ihnen anzutreffen sind. Dies ist auch wichtig für ihr Kernargument: Während weitgehend bekannt ist, dass die Geschichte beider Staaten im 20. Jahrhundert ihre heutigen Beziehungen nachhaltig prägen, argumentiert Dreyer, dass dies auch für die weit tiefer zurückgehenden Verhältnisse zwischen der chinesischen Kultur und der japanischen gilt, wobei Erstere Letztere vielfach prägte. Immer wieder, der Titel deutet es an, wurde dabei nicht nur um militärische Vormacht gerungen, sondern auch um kulturelle Überlegenheit. Angesichts der vor allem ökonomischen Entwicklung der letzten 20 Jahre scheint sich die Waage derzeit wieder eher zugunsten Chinas zu neigen – und die japanische Reaktion darauf wie der chinesische Umgang mit seiner neuen Position in der Region wie darüber hinaus wird zweifellos eines der bestimmenden Elemente der Weltpolitik des frühen 21. Jahrhunderts sein. Es ist also allen an Weltpolitik Interessierten aufgetragen, sich über die Entwicklung dieser Beziehung zu informieren – und es gibt kaum eine informativere Art als die Lektüre der Darstellung von Dreyer, die auch komplexe Ereignisabläufe gekonnt resümiert.

Gieler, Wolfgang (Hrsg.) 2016: Staatenlexikon Afrika. Geographie, Geschichte, Kultur, Politik und Wirtschaft, 2. Akt. u. erw. Aufl., Frankfurt/M.: Peter Lang.

WRiGZ 4

Beim Abfassen meines Weltregionen-Kurses/-Buches hätte ich dieses famose Nachschlagewerk gerne zur Hand gehabt. Überhaupt dürfte jede/r, die/der sich vertieft für Afrika interessiert, es mit Gewinn konsultieren. Und zwar ab der schulischen Oberstufe, weshalb der Band ausdrücklich auch Stadt- und Schulbibliotheken zur Anschaffung empfohlen sei – einschlägigen universitären Bibliotheken ohnehin. Denn, wie der Herausgeber (und Autor einer Reihe der Beiträge) im Vorwort feststellt: „Die großen sozialwissenschaftlichen Disziplinen in Deutschland interessieren sich wenig für die

außereuropäische Welt“ 7), und, noch schlimmer (aus meiner Sicht): „Diese Ausblendung wird recht deutlich in den deutschsprachigen Politikwissenschaften [der unnötige Plural im Original, ML], wo in den vergangenen Jahren zahlreiche der ohnehin wenigen Lehrstühle, die sich mit der außereuropäischen und außernordamerikanischen Welt beschäftigten, in solche für Europaforschung umgewandelt wurden“ (ebd.). Der Band bietet in alphabetischer Reihenfolge 55 Einzelbeiträge von überschaubarerem Umfang, nach Möglichkeit einheitlich gegliedert. Den Anfang macht jeweils eine Karte, die das jeweilige Land auf dem afrikanischen Kontinent und im Kreis seiner Nachbarstaaten verortet, gefolgt von Grundinformation über die offizielle Landesbezeichnung, Fläche, Bevölkerung, Sprachen, Religionen etc. bis hin zur Mitgliedschaft in internationalen Organisationen. Der Haupttext beginnt mit der Schilderung des Naturraums und der Geographie, gefolgt von der geschichtlichen Entwicklung bis zur Unabhängigkeit, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, sowie aktuelle politische Entwicklungen (bis zum Stand Mitte 2015). Abgerundet werden die Beiträge durch Hinweise auf weiterführende Literatur, der gesamte Band im Anhang durch ein Abkürzungsverzeichnis, Karten, eine Übersicht der afrikanischen Staaten, die Abbildung (farbig) aller Flaggen und die Erläuterung ihrer Symbolik sowie ein Verzeichnis wichtiger Personen. Damit liegt ein ungemein informativer und praxistauglicher Staatenüberblick Afrikas vor, dessen nicht mehr ganz geringer Preis absolut angemessen erscheint. Wie gesagt: Bibliotheken sollten einschlägig Interessierten den Zugang ermöglichen.

Grodsky, Brian 2016: *The Democratization Disconnect. How Recent Democratic Revolutions Threaten the Future of Democracy*, Lanham u.a.: Rowman&Littlefield.

Dem Jahrzehnt der 'Humanitären Interventionen' und internationalen Demokratiestiftung der 1990er Jahre folgte noch der intellektuell-völkerrechtliche Rettungsversuch der "R2P" (Schutzverantwortung). Gleichwohl scheint beiden Vorhaben der Elan abhandengekommen zu sein, nicht zuletzt im Lichte ernüchternder bis enttäuschender Ergebnisse (vom Balkan über Afghanistan und Irak bis Nordafrika). Brian Grodsky, US-Diplomat und Journalist mit Vor-Ort-Erfahrung in etlichen der betroffenen Länder, setzt, wie die Kursivierung in seinem Titel andeutet, noch eines drauf. Er beklagt, dass die Idee der internationalen Demokratie-Verbreitung eine Reihe unintendierter Folgen gezeitigt hat, die er unter dem (mir) etwas undeutlichen Begriff des „democratization disconnect“ zusammenfasst: Demokratie wurde (auch von ihren westlichen Propagatoren) so hoch gejubelt, dass sie in weiten Kreisen lokaler Bevölkerungen als Allheil-, ja fast Wundermittel erschien – eine Erwartung, die nur enttäuscht werden konnte (wie wir ‚schon länger Demokratisierten‘ jüngst auch merken – und trotzdem kein leichtes Mittel gegen ihre populistische Aushöhlung finden). Dies nicht zuletzt, weil der westlichen Rhetorik nie genügend Bereitschaft zur ökonomischen Unterstützung junger Demokratien zur Seite stand. Aber auch (internationales Geld ist nicht alles), weil autoritäre Eliten sich anzupassen verstanden haben (vgl. etwa: Abel Escribà-Folch and Joseph Wright: *Foreign Pressure and the Politics of Autocratic Survival*, Oxford 2015) – und ihre nicht immer wirklich demokratisch inspirierten Gegner ebenfalls: sie ‚singen‘ neuerdings das Lied der Demokratie, weil westliche Vor-Mächte dies gern hören. Man kann es auch so formulieren: alle am transnationalen politischen ‚Spiel‘ der Demokratieförderung beteiligten Akteure sind weniger aufrichtig, als sie sich geben. Das trägt zum Ansehensverlust von Demokratie mit bei. Grodsky zeigt dies beispielhaft anhand der Entwicklung in Polen, Afrika Jugoslawien Georgien und Ägypten. Voran steht ein historisches Kapitel, das Gemeinsamkeiten zwischen Kommunisten, Faschisten und Fundamentalisten in ihrer anti-demokratischen Wirkung auszumachen glaubt. Hier wäre ich vorsichtig, im Hinblick auf Anklänge überholter Totalitarismus-Theorie ebenso wie auf politisch-polemische Diagnosen des „Islamofaschismus“. Und auch, dass Grodsky Forderungen nach materieller Besserstellung mehrfach gegen Demokratie ausspielt, erscheint mir nicht unproblematisch. Nicht nur zeigt die Entwicklung in seinem Heimatland, den USA, dass zunehmende soziale Ungleichheit demokratie-unterminierende Wirkung hat (viele, auch fachlich kundige Beobachter, sprechen inzwischen von den USA als Oligarchie). Statt eines Rückzugs auf eng verstandene Demokratie (oder die Priorisierung „liberaler Grundrechte“ vor politischer Demokratie, wie es vor Jahren schon bei Fareed Zakaria anklang), könnte man natürlich auch für soziale Demokratie optieren. Dass dies kein einfaches Projekt ist und auch deshalb

falsche Erwartungen wecken kann, ist zwar richtig. Vorschnelle Kapitulation auf dem Weg zu mehr Demokratie ist jedoch sicher nicht die richtige Schlussfolgerung. Mehr Bewusstsein für Ambivalenzen, mehr Geduld und weniger äußere Einmischung aber vielleicht schon.

Hunter, Shireen T. 2017: *God On Our Side. Religion in International Affairs*, Lanham u.a.: Rowman&Littlefield.

Noch bevor der von mir zusammen mit dem externen Kollegen Jan Niklas Rolf verfasste Kurs "Kultur in den internationalen Beziehungen" (derzeit in Druck, Einsatz ab SS 2017) zum Einsatz kommt, lässt sich das dort enthaltene Kapitel über Religion gut durch den (auf 2017 vordatierten) Band von Shireen Hunter ergänzen. Kapitel und Buch ergänzen einander in der Tat sehr schön, insofern Kollegin Hunter (Georgetown University) einen ähnlichen Ansatz im Hinblick auf die Wirkung von Religion in der internationalen Politik verfolgt, ihr jedoch anhand dreier anderer Fälle, als ich sie in meinem Kapitel behandle, nachgeht. Zum einen unterscheidet sie sinnvoll zwischen „religion's role as *motivator of behavior and determinant of policy* and its function as an *instrument to advance and justify* policies adopted on the basis of other considerations.“ (7; meine Herv.) Letzteres verweist auch darauf, dass "religion's role should receive more attention. However, this should not be done at the expense of proper consideration of the impact of other factors, such as security, conflicting interests, and power ambitions of various actors, both at internal and external levels." (11) So ist es, und ich hätte diese auch auf andere kulturelle Phänomene (wie sie im Kultur-Kurs behandelt werden) verallgemeinerbare Feststellung kaum treffender formulieren können. Sie beinhaltet vor allem eine – analytisch, nicht politisch wertend begründete! – Absage an den starken Kulturalismus (z.B. à la Huntington), der kulturelle Faktoren per se und deterministisch für ausschlaggebend hält. Und sie enthält eben die Aufforderung zu einer wirklich sozial- und politikwissenschaftlichen Analyse der Wirkung von Religion in der (internationalen) Politik. Hunter exemplifiziert dies im Rest des Buches anhand dreier interessanter Fallstudien: Russlands Politik gegenüber der Krise des ehemaligen Jugoslawien und der Rolle des orthodoxen Christentums dabei; die Haltung der Türkei zum Jugoslawien-Konflikt und der Rolle des Islam dabei; sowie die Bedeutung von Religion in der EU-Politik hinsichtlich des Beitritts der Türkei. Für alle an Fragen von Religion und internationaler Politik Interessierten eine anregende einführende Lektüre und drei interessante Fälle!

Offe, Claus 2016: *Europa in der Falle*, Berlin: Suhrkamp.

IPSE 7; WRigZ 2

Wieder einmal hat ein ‚Alt-Meister der kritischen Politikwissenschaft‘ einen anregenden Text vorgelegt. So darf man Claus Offe wohl bezeichnen, der schon vor einem halben Erwachsenenleben die Anfänge meines Politikstudiums im Sinne kritischer Politikwissenschaft mitzuprägen half. Hier geht es ihm um eine polit-ökonomische Betrachtung des Umgangs der EU mit den Folgen der globalen Finanzkrise und den in deren Gefolge auftretenden Haushaltskrisen in etlichen EU-Mitgliedstaaten und letztlich der Krise der EU als solche. Einige der Funktionsprobleme der Währungsunion wurden auch von ‚bürgerlichen‘ Ökonomen korrekt vorausgesehen: die Währungsintegration sehr heterogener Ökonomien, nationaler politisch-ökonomischer Verbundsysteme, wie man genauer sagen müsste, hatte absehbare Folgeprobleme, etwa, dass Abwertungen zur Ausbalancierung von Ungleichgewichten nicht mehr zur Verfügung standen. Gleichzeitig war absehbar, dass die Forderung nach transnationalen Fiskaltransfers zu politischen Kontroversen führen würde. Während dies und Unaufrichtigkeit in der öffentlichen Diskussion (etwa die Darstellung, ‚faule Griechen‘ würden von Deutschland gerettet, während es indirekt vor allem seine eigenen Banken rettete) dem neuen Nationalismus, der sich auch aus anderen Quellen speist, zusätzlich Nahrung verschaffte – mit dem Resultat, dass nunmehr die ganze EU-Integration in Frage stellt. Einfache Auswege hat auch Offe nicht parat, aber er schildert zumindest zunächst aus kritisch polit-ökonomischer Perspektive die Wechselwirkung der Teilkrisen, und sieht zumindest: „Wenn man aber die Krise ohne Institutionen, die demokratische (Input-)Legitimation erzeugen, und ohne effektive Instrumente einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik bewältigen will, dann kann das nur auf dem Wege eines technokratisch-

diskretionären, von Ad-hoc-Entscheidungen und konditionalistischen Auflagen getragenen Führungsstils der Kommission geschehen, der dann allerdings *weder* legitim *noch* effektiv ist.“ (38) Dieser leider auch in seiner für AnfängerInnen nicht immer leicht verdaubaren Sprache nicht untypische Satz kreidet wohl zu einseitig der Kommission die Schuld an. Wie auch Offe weiß, sind ihr durch transnationale Kapital- wie nationale, gerade auch deutsche, Regierungsmacht durchaus Grenzen gesetzt. Gleichwohl ist es genau solche technokratische Politik, welche die offizielle Krisenbearbeitung bestimmt hat. Und sie hat, das macht das Ausmaß der Gesamtkrise deutlich, mit dazu beigetragen, dass so etwas wie „gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in EU-Europa angesichts des neuen Nationalismus weniger Verwirklichungschancen zu haben scheint denn je. Europa in der Falle, in der Tat. Zumindest für deren Natur vermittelt Offes Essay ein gutes Gespür.

Phillips, Christopher 2016: The Battle for Syria. International Rivalry in the New Middle East, New Haven/London: Yale University Press.

IPSE 11, WRigZ 3

Zweifellos gehört die Lage in und um Syrien zu den wirklich vertrackten Problemen der internationalen Politik der Gegenwart, mit tiefgreifenden Auswirkungen in der Region und weit darüber hinaus, von der menschlichen Tragödie ganz abgesehen. Dabei resultiert die Komplexität der Problematik auch aus der vielfach verzahnten Einmischung unterschiedlichster externer Akteure. Diese werden in Phillips' Buch in exzellenter Klarheit aufgedröselst. Es basiert auf fünf Jahren Recherche zum Thema in 14 Staaten, die auch zahlreiche Interviews mit sachkundigen Personen umfasste. Die Darstellung erfolgt weitgehend chronologisch, beginnt mit einer Schilderung der Lage Syriens und im Mittleren Osten am Vorabend des Bürgerkriegs und folgt den einzelnen Phasen des Konflikts. Dabei wird jeweils das Agieren externer Akteure, auch im Wandel über den Konfliktverlauf, ins Zentrum gerückt, sowohl solcher aus der Region wie darüber hinaus. Auch die Gliederung der einzelnen Kapitel ist dabei sehr klar, so dass, auch dank des Registers am Ende des Bandes, das Buch auch gezielt zur Recherche des Agierens einzelner Akteure (etwa Russlands oder Saudi-Arabiens) genutzt werden kann. Auch die jeweils heimische Seite deren Stellungnahmen und Agierens wird nachgegangen. Die Klarheit der Darstellung wird durch die Ausstattung des Buches unterstützt: neben dem Register am Ende steht am Anfang eine Auflistung der wichtigsten Personen und Gruppierungen (samt deren Abkürzungen) sowie eine gute Karte. Endnoten und Bibliographie sind eine Fundstelle für weitere eigene Arbeit zum Thema. Insgesamt erscheint mir dies das bisher beste Buch, um die Komplexität des Geschehens von der internationalen Seite her zu verstehen.

Rabasa, Angel/Benard, Cheryl 2015: Eurojihad. Patterns of Islamist Radicalization and Terrorism in Europe, New York/Cambridge: Cambridge University Press.

Rabasa, der für RAND arbeitet, und Benard, aus der Thinktank-Szene Washingtons, geben in diesem nützlichen Band einen Überblick über die Szenerie der europäischen Dschihadisten für US-LeserInnen. Das, RAND-Hintergrund und US-Zielpublikum, könnte skeptisch stimmen – zu Unrecht (und bloßem Vorurteil folgend), denn beide erweisen sich nicht nur als ausgesprochen sachkundig und fähig zu konzentrierter und doch gut lesbarer Darstellung, die auch für europäische LeserInnen wertvoll ist. Sie erkennen auch an „that, as is largely understood in Europe, terrorists are neither criminals nor legal combatants, but a distinct category of threat“ (196), und sie sind darüber hinaus der Meinung, “that there may be experiences in the European’s adaptation of their legal frameworks to deal with terrorist threats that may be of value to the United States“ (ebd.). Diesen Schlussfolgerungen geht eine ebenso knappe wie klare und sachkundige Darstellung der eurodschihadistischen Landschaft voraus, beginnend mit einem Blick auf die muslimische Bevölkerung in Frankreich, Deutschland (vgl. auch Rohe in diesen Lit-Tipps), GB, den Niederlanden und Spanien, womit den jeweiligen Spezifika gebührend Raum gegeben wird, über die Erklärung des Salafismus und der Wege der Radikalisierung bis hin zu den operativen Taktiken der Eurodschihadisten und den offiziellen Gegenmaßnahmen. Ein mehr an, oft und nach Möglichkeit auch quantitativ unterfütterter, Information zum Thema auf so knappem Raum (und zu so günstigem Preis) gibt es sonst kaum.

Rohe, Mathias 2016: Der Islam in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme, München: Beck.
Zu den Verlagen, die – ganz im Sinne der Aufklärung, um einmal große Worte zu bemühen – auch im angeblich ‚post-faktischen Zeitalter‘ daran festhalten, dass es der Gesellschaft und ihrer demokratischen Gestaltung dient, wenn sie sachliche Information über sich selbst erhält, gehört auch der Münchener Beck-Verlag. Er legt mit dem erschwinglichen Taschenbuch-Band über den „Islam in Deutschland“ breite und gut verständliche Information über jenen Teil der deutschen Gesellschaft vor, der nun auch offiziell, von Präsident und Kanzlerin, als zu ihr gehörig bezeichnet worden ist: eben die islamische Bevölkerung in Deutschland. Mit dem Juristen und Islamwissenschaftler Rode, der sich seit Jahren mit dem Thema beschäftigt, konnte dafür ein ausgesprochen sachkundiger Autor gewonnen werden. Er liefert, für Muslime wie Nicht-Muslime brauchbar, wobei letztere hier einen Teil ihrer Bringschuld im Integrationsprozess erfüllen können, zunächst Grundlageninformation über das westlich-muslimische Verhältnis in der Geschichte wie über die der Muslime in Deutschland. Im dritten Teil geht es um religiöse und soziokulturelle Prägungen in der Gegenwart (das „und“ ist wichtig, denn auch Muslime sind in ihren Einstellungen nicht nur durch ihren Glauben bestimmt!), Teil 4 stellt knapp und differenziert die wichtigsten muslimischen Organisationen in Deutschland vor. Ein fünfter Teil behandelt Fragen von islamischem Leben und deutschem Recht, vom Moscheebau über Speise- und Schlachtvorschriften bis hin zur Anwendung islamischer Rechtsnormen. Dieser Teil ist gerade auch für Nicht-Juristen wichtig, werden populäre Kontroversen über diese Themen doch vielfach ohne große Sachkenntnis ausgetragen. Abschließend wirft Teil 6 einen Blick auf Perspektiven des Zusammenlebens, behandelt Islamkritik ebenso wie interreligiösen Dialog und auch die islambezogenen Wissenschaften in Deutschland. Insgesamt ein ausgesprochen verdienstvoller Band, der nicht nur von Zentralen der politischen Bildung aufgegriffen und verbreitet werden sollte, sondern der jedem an friedlich-integriertem Zusammenleben Interessiertem zur Lektüre empfohlen werden kann.

Vatter, Adrian 2016: Das politische System der Schweiz, 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos (UTB 4625)

Zu den interessanten Aspekten der Lehre im Fernstudium gehört auch, dass manche Studierende einen auswärtigen, auch politischen, Erfahrungshintergrund mit einbringen. Mehrfach wurde mir bei Prüfungen mit KandidatInnen aus der Schweiz deutlich, dass Erfahrungen mit direkter Demokratie, die wir in Deutschland nur auf kommunaler Ebene machen können, z. B. auch zu einem leicht anderen Demokratieverständnis führen. Was freilich nur eine der Besonderheiten des politischen Systems der Schweiz ist, das schon daher eine wichtige Rolle in der vergleichenden Politikwissenschaft spielt. Im Rahmen der bewährten, passend rot (Hintergrund)-weißen (Schrift) Uni-Taschenbuchreihe erscheint, allerdings mit rund 600 Seiten Text in schon handbuchartigem Umfang, nunmehr in zweiter, aktualisierter Auflage, diese Darstellung des politischen Systems der Schweiz. Sie beginnt denn auch mit einer Einordnung der fachlich-politikwissenschaftlichen Bedeutung des politischen Systems der Schweiz und der Vorstellung des Grundmodells der Konsensdemokratie. Mit der Präzision eines schweizerischen Uhrwerks, um ein Klischee zu bemühen, werden sodann seine einzelnen Komponenten abgehandelt, vom Wahlsystem und dem der Parteien über das Verbändesystem, Regierung und Parlament bis zur direkten Demokratie, der Verfassung und dem Föderalismus. Ein abschließendes Kapitel stellt die Schweiz in politische Vergleichsperspektiven, auf internationaler wie subnational-kantonaler Ebene. Durchgehend wird die Darstellung durch Grafiken und Tabellen sinnvoll unterstützt, die Kapitel werden durch Literaturverzeichnisse und Kontrollfragen ergänzt, sechs Anhänge bieten weitere Strukturdaten, auch im internationalen Vergleich, und ein Stichwortverzeichnis rundet den Band ab. Als solide Informationsquelle über sein Thema wird er allen an der politischen Schweiz Interessierten nützliche Dienste leisten. Was man ergänzend gerne hätte, wären zum einen eine Einführung, welche die institutionenkundliche Perspektive, die hier vorherrscht, um die Analyse ausgewählter Politikfelder in der Schweiz ergänzt, um zu sehen, ob und inwiefern institutionelle Spezifika in der politics-Dimension einen Unterschied machen. Und, aus IB-Perspektive, hätte man gerne auch etwas über die Außenbezüge der

Schweiz erfahren. Angesichts des jetzt schon erreichten Umfangs des Bandes bleibt beides jedoch sinnvoller Weise eigenständigen Publikationen vorbehalten. Auf Englisch etwa bieten dies die etwas ältere Darstellung von Hanspeter Kriesi und Alexander H. Trechsel: *The Politics of Switzerland*, 2008, und die jüngere von Clive H. Church: *Political Change in Switzerland. From Stability to Uncertainty*, Abingdon/New York 2016. Interessante internationale Vergleiche der Schweiz unter fachlich spannenden Perspektiven liefern etwa Henrik Christoffersen u.a.: *The Good Society. A Comparative Study of Denmark and Switzerland*, Berlin/Heidelberg 2014, Yvonne Guo/Jun Jie Woo (Hrsg.): *Singapore and Switzerland. Secrets to Small State Success*, Singapur 2016 und, die westeuropäischen Konsensdemokratien auf den Spuren von A. Lijphart vergleichend, José Magone: *The Statecraft of Consensus Democracies in a Turbulent World: A Comparative Study of Austria, Belgium, Luxembourg, the Netherlands and Switzerland*, Abingdon/New York 2016.